

Staatsführungen als Tätergemeinschaften am Beispiel der Gefangenenmisshandlungen und Folter in Guantanamo und Abu Ghraib

Einleitung

Kriminologisch relevantes Verhalten von Staatsführungen ist in der politischen Diskussion schlagwortartig ständig präsent („Verbrecherregime, Unrechtsregime“) und in Häufigkeit und Folgeschwere übertrifft es herkömmliches strafbewehrtes Verhalten möglicherweise bei Weitem. Entsprechende Verhaltensweisen wurden jedoch lange Zeit kriminologisch wenig beachtet. Viele der traditionellen kriminologischen Annahmen und Erklärungsansätze erscheinen unpassend oder unanwendbar, klassische Maßnahmen der Kriminalprävention ausgeschlossen. *Ulrich Eisenberg* hat in seinem Lehrbuch vergleichsweise frühzeitig das Verhalten von Staatsführungen kriminologisch erfasst und systematisch eingeordnet. Schon in der ersten Auflage seines Lehrbuchs (1979) weist er anschließend an Ausführungen zum „Organisierten Verbrechen“ auf „Staatsführungen als Tätergemeinschaften“ hin.¹ Dies geschieht zunächst in knapper Form mit Konzentration auf „totalitäre Regierungssysteme“, wobei er dasjenige der Nationalsozialisten und das der KPDSU Stalins mit ihren jeweils Millionen von verfolgten, vertriebenen, willkürlich inhaftierten und getöteten Menschen in den Mittelpunkt stellt.² Gegenüber der einflussreichen Untersuchung *Jägers*³, die sich mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, also dem Handeln „unter“ totalitärer Herrschaft befasst, ist hier der primäre Blick auf das verantwortliche Handeln der Staatsführungen selbst herauszuheben. In den folgenden Auflagen seines Lehrbuchs und im Anschluss an seine Aufsätze „Kriminologisch bedeutsames Verhalten von Staatsführungen und ihren Organen“⁴ und „Implikationen der Normsetzung und –durchsetzung durch

¹ *Ulrich Eisenberg*, Kriminologie, 1. Auflage 1979, § 49 VI.

² *Eisenberg*, Kriminologie, 1979, § 49 VI.

³ *Jäger*, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft, 1967.

⁴ *Eisenberg*, in: *MschKrim* 1980, S. 217 ff.

Internationale Organisationen im Bereich kriminologisch relevanten Verhaltens von Staatsführungen und ihren Organen“⁵ hat *Ulrich Eisenberg* die Ausführungen zur Thematik an mehreren Stellen ausgebaut und ergänzt – nämlich auf der Ebene der Gesetzgebung⁶, auf der Ebene des Gesamtbereichs der Phänomene (Zusammenhänge strafrechtlich beurteilter Geschehensabläufe)⁷ sowie auf derjenigen des Einzelbereichs⁸. Als legislatorischen Anknüpfungspunkt bezieht sich *Ulrich Eisenberg* seither vor allem auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie auf das allgemeine Völkerrecht. Als Datenquellen der Phänomenologie greift er auf die Berichte von amnesty international und anderen international tätigen Organisationen zurück.

Ebenfalls schon in der ersten Auflage des Lehrbuchs weist *Ulrich Eisenberg* auf Straftaten staatlicher Geheimdienste als „besonderen Bereich organisierten Verbrechens“ hin.⁹ Zwar behinderten Geheimhaltungsinteressen schon die kriminologische Bestandsaufnahme hierzu in besonderem Maße, jedoch ließen sich begrenzte Informationen „im Rahmen von Untersuchungsberichten demokratischer Kontrollinstanzen (z. B. betreffend den CIA durch den amerikanischen Kongress)“¹⁰ erlangen.¹¹

Während gezielte Menschenrechtsverletzungen gegen Minderheiten und politische Gegner in totalitären Systemen wenig Erklärungsbedarf auslösen – es ist gerade Ausdruck der Totalität, dass jeglicher Widerstand und Zweifel an der totalen Macht auch gewaltsam unterdrückt wird – sollten solche Verhaltensweisen von

⁵ *Eisenberg*, in: FS-Kaufmann, 1986, S. 21 ff.

⁶ *Eisenberg*, Kriminologie, 6. Aufl. 2005, § 22 Rz. 23 ff.

⁷ *Eisenberg*, Kriminologie, 2005, § 44 Rz. 36 ff.

⁸ *Eisenberg*, Kriminologie, 2005, § 57 Rz. 86 ff.

⁹ *Eisenberg*, Kriminologie, 1979, § 49 VI.; vgl. Kriminologie 2005, § 44 Rz. 62.

¹⁰ *Eisenberg*, Kriminologie, 2005, § 44 Rz. 63.

¹¹ Gerade hinsichtlich der hier zu untersuchenden Geschehensabläufe trifft dies zu. Noch während die betreffende Staatsführung im Amt ist, sind durch vielfache Untersuchungsberichte, Untersuchungsausschüsse, qualitätsvolle journalistische Reportagen (etwa in der Zeitschrift „New Yorker“) und zumindest eine wissenschaftlich fundierte Monographie (*Philippe Sands*, Torture Team, 2008) die wesentlichen Geschehensabläufe weitgehend aufgeklärt worden.

Staatsführungen in demokratischen Rechtsstaaten¹² umso mehr kriminologisches Interesse wecken. Freilich eignen sich kriminologische Kategorien, die anhand und in Bezug auf totalitäre Systeme entwickelt wurden¹³, nur unter gewissen Einschränkungen zur Analyse. Neben der Frage nach den Ursachen und Motivationshintergründen von Staatsführungen fragt sich, wie solche Straftaten in einem nicht-totalitären rechtsstaatlichen System, das immerhin über (qualitativ und quantitativ) freieren Informations- und Justizzugang verfügt, überhaupt geschehen können.

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, Phänomenologie und Erklärungsansätze kriminologisch bedeutsamer Verhaltensweisen von Staatsführungen in nicht totalitären Gesellschaftssystemen zu identifizieren und am Beispiel jüngster Geschehensabläufe im Rahmen des US-amerikanischen „war on terror“ zu untersuchen. Ausgangspunkt ist ein Blick auf die Frage, inwieweit Staatsführungsverhalten überhaupt ein kriminologisch bedeutsamer Forschungsgegenstand ist bzw. sein sollte, zum zweiten werden verschiedene Konzepte zur Erfassung dieses Bereichs der Kriminalität vorgestellt. In einem dritten Schritt werden als Ergebnis einer Literaturanalyse bisherige spezifische kriminaltheoretische Erkenntnisse und Annahmen wiedergegeben. Schließlich werden solche Ansätze auf die bekannt gewordenen Geschehensabläufe in den US-amerikanischen Gefangenenlagern Guantanamo auf Kuba und Abu Ghraib im Irak bezogen und so einer Validierung unterzogen.

I. Staatsführungsverhalten als Forschungsgegenstand der Kriminologie

Louis Proal hat 1895 hinsichtlich politischer Kriminalität wohl zuerst die Kriminalität von Politikern in staatlichen Machtpositionen untersucht.¹⁴ Aber erst im Zuge der

¹² *Kelman* (The policy context of torture: A sociol.-psychological analysis, in: International Review of the Red Cross 2005, S. 134) konstatiert zwar, dass Folter wesentlich weniger häufig in demokratischen Staaten auftritt, dennoch seien die westlichen Demokratien „nicht unverwundbar“. Vgl. zu kriminologisch bedeutsamen Aktivitäten des CIA im jeweiligen historischen Kontext *Weiner*, Legacy of Ashes: The History of the CIA, 2007.

¹³ *Jäger* 1967; *Uthoff*, Rollenkonforme Verbrechen unter einem totalitären System, 1975.

¹⁴ *Proal*, La criminalite politique, 1895; vgl. dazu *Rothe/Friedrichs*, The state of the criminology of crimes of the state, in: Social Justice 2006, S. 147-161.

Entwicklung der kritischen und radikalen Ansätze in der Kriminologie wurde die (vermutete bzw. tatsächliche) Kriminalität der Mächtigen, zunächst primär hinsichtlich „white-collar“ - Kriminalität¹⁵ der wirtschaftlichen und politischen Eliten, kriminologisch analysiert und dann auch zunehmend die politische Kriminalität einbezogen, wobei insbesondere die historischen Großverbrechen der Staatsführungen selbst ins Blickfeld genommen wurden.¹⁶ Andererseits wurde vertreten, eine Erstreckung der Kriminologie auf solche Verhaltensweisen sei nicht sinnvoll,¹⁷ und man solle es bei der Behandlung durch die Geschichts- und Politikwissenschaft belassen.¹⁸ Staatsführungen zeigen relevantes Verhalten aber keineswegs nur in geschichtlich herausgehobenen Krisen- bzw. Kriegszeiten.¹⁹ Zudem scheint die Begrenzung kriminologischer Forschung auf solche Verhaltensweisen, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Alltag betreffen, unsystematisch und ungeeignet zur sinnvollen Begrenzung des Forschungsgegenstands. Auch der Einwand, das Konzept „Kriminalität der Mächtigen“ sei ungeeignet, der Kriminologie neue Impulse zu geben²⁰, überzeugt nicht. Es ist nicht Zweck der Forschung der untersuchenden Wissenschaftsrichtung Impulse zu geben, es kommt vielmehr darauf an, ob das Verständnis eines Phänomens durch die spezifisch kriminologische Untersuchungsperspektive gefördert wird. Soweit die Aktivitäten von Staatsführungen und ihren Organen mittlerweile auf nationaler und internationaler Ebene auch positiv strafrechtlich erfasst werden und strafrechtlich individuelle Verantwortlichkeiten ermittelt werden,

¹⁵ Sutherland, White-Collar Criminality, in: American Sociological Review 1940, S. 2 ff.

¹⁶ Ausführlicher Überblick bei Reese, Großverbrechen und kriminologische Konzepte, 2004, S. 18-234; vgl. auch Neubacher, Kriminologische Grundlagen einer internationalen Strafgerichtsbarkeit, 2005, S. 18-31 und S. 158-199.

¹⁷ Vgl. die Darstellung von Reese 2004, S. 4 ff.

¹⁸ Bock/Böhm in Göppinger, Kriminologie, 1997, S. 143 f.; vgl. auch die Fragestellung „Is state crime really crime?“ bei Kauzlarich/Kramer, Crimes of the nuclear state, 1998, S. 10 ff.

¹⁹ Naucke (Die strafjuristische Privilegierung staatsverstärkter Kriminalität, 1996, S. 23) weist ganz zutreffend im Gegenteil auf die zeitliche und räumliche Ubiquität der von ihm so bezeichneten „staatsverstärkten Kriminalität“ hin.

²⁰ Bock, Kriminalität der Mächtigen. Kritische Anfragen an ein in die Jahre gekommenes Konzept und Seitenblicke auf jüngere Verwandte, in: Kaiser/Jehle (Hrsg.) Kriminologische Opferforschung Teilband I, 1994, S. 176, S. 184 f.

um zu einer individuellen Bestrafung zu gelangen, ist kaum vertretbar, diesen Bereich aus den Forschungsgegenständen der Kriminologie auszuklammern. Freilich kann die Kriminologie insbesondere bei den staatlichen „Großverbrechen“ des vergangenen Jahrhunderts keine exklusive Perspektive beanspruchen, auch wird mit dem Begriff „kriminell“ selbstverständlich nicht das einzige oder gar abschließende Unwerturteil gefällt.²¹ An einer ganz anderen Stelle der Skala beobachtbarer Staatsführungskriminalität mag die Vorstellung ungewohnt sein und auf spontane Ablehnung treffen, das Verhalten demokratisch gewählter Führungspersonen²² verbündeter Staaten mit regelmäßigem auch freund(schaft)lichem Umgang mit „unseren“ Staatsführern könne zugleich Gegenstand ernsthafter kriminologischer Betrachtung und des Etiketts „kriminell“ sein. Gerade dies ist aber Folge des Perspektivenwechsels, der durch den international-strafrechtlichen Bezug notwendig eintritt.

II. Kriminologische Bezugsrahmen und Konzepte zur Erfassung des Verhaltens von Staatsführungen und ihren Organen

Schon in den Titelgebungen und systematischen Einordnungen des Themas innerhalb der Kriminologie zeigen sich spezifische Schwierigkeiten, die Straftatenbegehung der politisch „Mächtigen“ zu systematisieren und kriminalitätstheoretisch zu erfassen.

Pfeiffer/Scheerer definieren „Kriminalität der Mächtigen“ als „Summe der nach positivem Recht strafbaren Handlungen, die von privilegierten Personen, Gruppen oder Organisationen zum Schutz, zur Verteidigung oder zum Ausbau ihres Besitzes oder ihrer Macht begangen werden oder Straftaten, die zur Stärkung oder Verteidigung überlegener Macht begangen werden“²³. Diese Definition versucht, aus dem angesprochenen Subjekt zugleich einen spezifischen

²¹ Insofern ganz zutreffend *Reese* 2004, S. 271 zu dem Einwand *Enzensbergers* (Politik und Verbrechen, 1964, S. 36), das Etikett „kriminell“ verharmlose *Hitler*.

²² Insbesondere betreffend die Personen *G. W. Bush*, *Cheney* und *Rumsfeld*.

²³ *Pfeiffer/Scheerer*, *Kriminalsoziologie*, 1979, S. 93; knapper *Scheerer*, *Kriminalität der Mächtigen*, in: *Kaiser/Kerner/Sack/Schellhoss* (Hrsg.) *Kleines Kriminologisches Wörterbuch*, 3. Aufl. 1993, S. 246; ähnlich *Kaiser*, *FS-Miyazawa*, 1995, S. 160.

Motivationshintergrund zu identifizieren. Der vordergründige Vorteil des ideologisch neutralen Motivs „Machterhalt“ kann aber problematisch sein, wenn die ideologischen Gründe des kriminellen Staatsführungsverhaltens so überwiegen, dass das Verhalten nicht mehr aus Gründen des bloßen Machterhalts erklärbar ist: So würde der Völkermord der nationalsozialistischen Staatsführung an der europäischen jüdischen Bevölkerung als „Verbrechen zum Machterhalt“ wohl nur ganz unzureichend erfasst werden. Zugleich enthält der Begriff „Macht“ ein zu weites Spektrum, da er nicht beschränkt ist auf politische Macht und deshalb in unterschiedlichsten Formen und Beziehungen kriminologisch relevant werden kann.²⁴ Allerdings erscheint es phänomenologisch weniger sinnvoll, gerade die Nutzung des „staatlichen“ Machtapparats als Kriterium der „Kriminalität der Mächtigen“ herauszustellen²⁵, zumal der Einsatz nichtstaatlicher und ausländischer Agenturen zur Begehung von Straftaten in moderner Zeit häufiger empirisch zu beobachten ist und sich gerade deren Nutzung zur weitgehend unkontrollierten Machtausübung eignet.²⁶

Schon einige Jahre zuvor hat *Hess* mit dem Terminus „Repressives Verbrechen“²⁷ kriminaltheoretisch einen begrifflich potentiell genaueren Zugang vorgeschlagen, wobei seine Definition aber der von *Pfeiffer/Scheerer* vorgreift und auch deren oben mitgeteilte Schwäche teilt: „Verbrechen, die begangen werden zur Erhaltung, Stärkung oder – vor allem – Verteidigung privilegierter Positionen, insbesondere solcher der Macht und des Besitzes“²⁸.

²⁴ So zutreffend *Kaiser*, FS-Miyazawa, 1995, S. 160; ebenso *Neubacher* 2005, S. 20; vgl. auch *Triffterer*, Regierungskriminalität durch Machtmissbrauch. Klärung der Begriffe und strafrechtliche Bekämpfungsmöglichkeiten, in: *Kaiser/Jehle* (Hrsg.) *Kriminologische Opferforschung neue Perspektiven und Erkenntnisse Teilband I*, 1994, S. 138.

²⁵ So aber *Kaiser*, FS-Miyazawa, 1995, S. 161, S. 163.

²⁶ *Neubacher* (2005, Übersicht S. 30) nimmt dies zum Anlass einer weiteren Differenzierung zwischen „Makrokriminalität“ und „staatlich organisiertem Verbrechen“, welches durch parastaatliche Akteure ausgeführt werde.

²⁷ Laut *Neubacher* (2005, S. 21) eine „schon etwas betagte begriffliche Variante“.

²⁸ *Hess*, *Repressives Verbrechen*, in: *Kriminologisches Journal (KrimJ)* 1976, S. 1. Mit seiner Definition gibt *Hess* den Vorteil seiner Begriffsbildung wieder auf und schließt ungewollt Verhaltensweisen aus, die als repressive Verbrechen gedeutet werden können.

Auch der Zugangsweg über den Begriff „Politische Kriminalität“²⁹ stellt den Motivationshintergrund in den Mittelpunkt (etwa im Gegensatz zur bloßen Bereicherung), erscheint aber systematisch eher nachteilig, weil die phänomenologisch wichtigere Unterscheidung zwischen „staatsführungsbekämpfender“³⁰ politischer Kriminalität und Kriminalität der Staatsführungen dabei verdeckt wird.³¹

Der wohl bekannteste Zugang zum Thema in der deutschsprachigen Kriminologie ist die von Jäger begründete Lehre zur „Makrokriminalität“.³² Darunter wird insbesondere die kollektive Gewaltanwendung verstanden, etwa die Anordnung bzw. Duldung von Völkermord, die Führung eines Angriffskriegs oder die gezielte Zerstörung von zivilen Wohngebieten.³³ Die Begriffswahl ist allerdings weniger gelungen, denn sie lädt zu Umdefinitionen und Missverständnissen ein – teilweise wird darunter die gesamte Mächtigenkriminalität verstanden, z. T. unter Einschluss der Wirtschaftskriminalität, manche haben nur staatliche Großverbrechen darunter gefasst, andere auch den staatsführungsbekämpfenden Terrorismus.³⁴

Jäger analysiert unter dem Begriff „kollektive Gewalt“ insbesondere das Verhalten der ausführenden Organe (Soldaten, Wachleute, Polizisten), wobei der entscheidende Unterschied zur sonstigen Kriminalität darin bestehe, dass „das individuelle Handeln nicht als isolierte Tat (...) denkbar ist, sondern nur als Teil eines kollektiven Aktionszusammenhangs, der eine nicht wegzudenkende Rahmenbedingung der individuellen Handlung darstellt“³⁵. Die einzelne Tat sei „in

²⁹ H.J. Schneider, Politische Kriminalität, in: Sieverts/Schneider (Hrsg.) Handwörterbuch der Kriminologie, 5. Band, 2. Aufl. 1998, S. 589 ff.; ähnlich Kaiser, Kriminologie, 3. Aufl. 1996, § 36 Rz. 54; allerdings anderer Zugangsweg in § 38 („Kriminalität der Mächtigen“). Auch Jägers Begriff der Makrokriminalität bezieht sowohl den Völkermord an den Juden, die Führung eines Angriffskriegs und Kriegsverbrechen ein als auch den Terrorismus.

³⁰ So die Bezeichnung von Eisenberg, Kriminologie, 2005, § 57 Rz. 43.

³¹ Zutreffend kritisch zum Begriff „political crime“ Kauzlarich/Kramer 1998, S. 5. Vgl. etwa die Auflistung bei H. J. Schneider 1998, S. 589.

³² Jäger, Makrokriminalität. Studien zur Kriminologie kollektiver Gewalt, 1989.

³³ Jäger selbst versteht darunter kollektive Gewaltverbrechen einschließlich des Terrorismus.

³⁴ Vgl. Kunz (Kriminologie, 3. Aufl. 2001, § 39 Rz. 4), der die Organisierte Kriminalität, die Wirtschaftskriminalität und den Terrorismus zur Makrokriminalität zählt.

³⁵ Jäger 1989, S. 12.

diesem Sinne nicht abweichendes sondern konformes Verhalten“³⁶. Das Verhalten der Mächtigen selbst wird aber von *Jäger* nicht differenziert analysiert.

Neubacher hält den Begriff Makrokriminalität für tragfähig, da er die Enge des Begriffs „Regierungskriminalität“ und die Weite desjenigen der „Kriminalität der Mächtigen“ vermeide.³⁷ Er weist dem Begriff aber wiederum einen anderen Umfang zu. Nach seiner Systematik handelt es sich bei Makrokriminalität um einen innerhalb des Oberbegriffs „Kriminalität der Mächtigen“ von der Wirtschaftskriminalität deutlich geschiedenen Bereich, der „Phänomene der mittels politischer Macht ausgeübten Kriminalität“³⁸ umfasse, wobei *Neubacher* allerdings nur die durch staatliche Institutionen selbst (Staatsorgane, Militär, Polizei, Geheimdienste) ausgeführte Kriminalität gegen höchstpersönliche Rechtsgüter als „Makrokriminalität“ bezeichnen will.³⁹

Reese versucht in diesem Rahmen eine „theoretische Integration“⁴⁰ über ein „nach oben offenes Kriminalitätskonzept“⁴¹, in dem sie an die viktimologische Perspektive anknüpft. Die Feststellung von Unrecht könne so „ohne sofortige Schuldzuschreibung“⁴² erfolgen und infolge der Sichtbarmachung werde die Verfolgung der Täter „durch die Hintertür“ ermöglicht.⁴³ Zwar sind auch die Opfer makrokrimineller Ereignisse Gewaltopfer und über sie besteht ein wichtiger Zugangsweg kriminologischer Erkenntnis.⁴⁴ Doch wird gerade die Verantwortlichkeit der höheren Hierarchieebenen durch die Opferperspektive kaum erfassbar.

³⁶ *Jäger* 1989, S. 12.

³⁷ *Neubacher* 2005, S. 28.

³⁸ *Neubacher* 2005, S. 29.

³⁹ *Neubacher* 2005, Übersicht S. 30. Während diese Differenzierung weniger überzeugt, erscheint es systematisch zweckmäßig, mit *Neubacher* die gegen Leben, Leib und Freiheit gerichtete Kriminalität abzusetzen von anderen (als „Regierungskriminalität“ bezeichneten) Delikten zum Machterhalt oder zur persönlichen Bereicherung der Staatsführungsangehörigen (z.B. Wahlfälschung und Korruption).

⁴⁰ *Reese* 2004, im Untertitel ihrer Arbeit.

⁴¹ *Reese* 2004, S. 311.

⁴² *Reese* 2004, S. 307.

⁴³ *Reese* 2004, S. 308.

⁴⁴ Es ist insbesondere auf die Zeugenaussagen und Urteile zu den Verfahren des ICTY bei der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen bei den Kriegen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren hinzuweisen. Die im Internet verfügbaren Daten

Kelman fasst speziell die Folter als ein Verbrechen auf, das als Gehorsamskriminalität („Crimes of Obedience“) zu konzeptualisieren sei – Folterakte seien unausweichlich verbunden mit Verhaltensweisen auf höheren Hierarchieebenen, in denen Befehle ausgegeben, Strategien formuliert und eine Atmosphäre hergestellt werde, die Folterakte direkt oder indirekt herbeiführe.⁴⁵ Der Zugang *Kelmans* ist mit der Konzentration auf die Folter wesentlich enger als die vorgenannten Theorien und Konzepte. Dem Namen nach („Crimes of Obedience“) kann *Kelmans* Ansatz mit den Gehorsamsstudien *Milgrams*⁴⁶ in Verbindung gebracht werden. Inhaltlich wird bei ihm aber eher ein organisationstheoretischer Ansatz erkennbar, der moderne Führungsstrukturen integriert und damit einem „neo-institutionellen Erklärungsansatz“⁴⁷ nahe steht. Insofern scheint der Begriff Gehorsamskriminalität weniger gut mit *Kelmans* Analysen zu korrespondieren.

In der US-amerikanischen und britischen Kriminologie wird die Kategorie „State (Political) Crime“ angeführt für solche Verbrechen, die von Seiten des Staates, etwa von Führungspersonen, politischen Gremien oder staatlichen Behörden zur Förderung politischer Ziele begangen oder veranlasst werden⁴⁸ – in deutlicher Abgrenzung zu solchen Straftaten, die Politiker zur Förderung ihres persönlichen Wohls begehen. Als „State Crime“ werden demnach etwa das Führen illegaler Kriege, systematische Menschenrechtsverletzungen oder die Unterdrückung von Minderheiten angesehen. Ein Unterschied dieser Sichtweise zu den zuvor angesprochenen ist die Einordnung als „organisatorisches“ Verbrechen („state organizational deviance“⁴⁹). Dabei werden vor allem strukturelle Ursachen und Mechanismen des Verhaltens in hierarchischen Systemen hervorgehoben.⁵⁰

werden erst zögerlich kriminologisch erfasst, vgl. *Konle*, Kriegsverbrechen auf dem Balkan, (Diss. Regensburg 2009, in Vorbereitung).

⁴⁵ *Kelman* 2005, S. 127 ff.

⁴⁶ *Milgram*, Das Milgram-Experiment. Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, 1974.

⁴⁷ *Monahan/Quinn*, Beyond „bad apples“ and „weak leaders“. Toward a neo-institutional explanation of organizational deviance, in: *Theoretical Criminology* 2006, S. 361 ff.; vgl. schon *Meyer/Rowan*, Institutionalized organizations: formal structure as myth and ceremony, in: *American Journal of Sociology* 1977, S. 340 ff.

⁴⁸ *Kauzlarich*, Political Crimes of the State, in: *Wright/Miller* (Hrsg.) *Encyclopedia of Criminology*, Vol. 2 2005, S. 1230 ff.; *Chambliss*, State-Organized Crime, in: *Criminology* 1989, 183 ff.

⁴⁹ *Green/Ward*, *State Crime: Governments, Violence and Corruption*, 2005.

⁵⁰ *Kauzlarich/Kramer* 1998, S. 6 ff.

Ulrich Eisenberg systematisiert die Geschehensabläufe unter dem Titel „Staatsführungen als Tätergemeinschaften“ und stellt somit nicht das Motiv des Machterhalts bzw. der Machterweiterung, sondern eine spezifische Geschehensablaufstruktur in den Vordergrund seiner Systematik. Aus der äußeren Anschauung als Verhaltens einer Tätergemeinschaft wird einerseits ein neutraler Standpunkt zu den Motiven eingenommen, andererseits werden Ansätze für einen kriminaltheoretischen Zugang gewonnen – die Perspektive Tätergemeinschaft verweist auf mögliche gruppendynamische Effekte innerhalb der Staatsführungen, zugleich wird im Zusammenhang mit dem Wortteil „-führung“ auf die Nutzung der Machtposition hingewiesen.

Systematisch überzeugen am ehesten die beiden zuletzt genannten Begriffe, wobei in der Zusammenschau „state crime“ eher die organisatorischen, „Staatsführungen als Tätergemeinschaften“ die personenspezifischen Aspekte der Straftatbegehung fokussiert.

III. Erklärungsansätze für strafrechtlich relevantes Verhalten von Staatsführungen

1. Allgemeine Erwägungen

a) Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Personen in der Staatsführung und Ausführenden

Zu Recht wird gelegentlich moniert, zur Staatskriminalität seien bislang primär konzeptuelle Arbeiten veröffentlicht worden, während kriminologisch-theoretische und empirische Studien eher selten seien,⁵¹ obwohl Material zur Auswertung zur Verfügung stehe.⁵² Dem beklagten Überhang an konzeptuellen Untersuchungen entspricht ein Defizit bei der kriminologischen Phänomenologie und Ätiologie.⁵³ Dabei ist das Defizit noch ausgeprägter hinsichtlich der Staatsführungen selbst und damit der Hauptverantwortlichen. Das Augenmerk richtete sich bislang primär auf

⁵¹ Kauzlarich/Kramer 1998, S. 6; Reese 2004, S. 255; Bock 1994, S. 176; vgl. auch H.J. Schneider 1998, S. 589.

⁵² Reese 2004, S. 261.

⁵³ Kauzlarich/Kramer 1998, S. 6 m.w.N.

die hierarchiemäßig „unteren“ Angehörigen der Staatsorgane, also etwa auf die Polizeibeamten, Geheimdienstmitarbeiter und Soldaten, die den Opfern unmittelbar gegenüberstehen. Zur Klärung dieser Verhaltensweisen hat *Milgram* mit dem nach ihm benannten Experiment zum Verhalten in Autoritätsbeziehungen⁵⁴ ebenso beigetragen wie das 1971 durchgeführte „Stanford Prison Experiment“ *Zimbardos*.⁵⁵ In dem angemessenen Bemühen um Erklärung der Brutalität von Akteuren, die in ihrem „normalen“ Leben angepasste und gesetzestreue Familienväter oder Studenten sind,⁵⁶ wird jedoch versäumt, das Verhalten der Akteure in den Staatsführungen zu untersuchen. Es findet sich häufig nicht einmal eine klare Differenzierung der Beteiligten auf höherer und niederer Ebene⁵⁷ obwohl eine eindimensionale Erklärung für beide Aktionsfelder⁵⁸ kaum plausibel ist. Die Handlungen der Akteure in den Staatsführungen (etwa das Erstellen und Verabschieden von Normen entrechtenden oder diskriminierenden Charakters, die Mitwirkung an Gremienentscheidungen und deren Vorbereitung, das Ausgeben von Befehlen und Handlungsanweisungen an den Apparat oder an außerstaatliche Agenturen, das Erstellen von Gutachten zur angeblichen Legalität rechtswidriger Handlungen) sind äußerlich nicht von ihren alltäglichen rollenkonformen Verhaltensweisen zu unterscheiden, so dass eine Erklärung der Brutalität der Handlungen weitaus weniger gefordert ist als bei den ausführenden Organen.

b) Herrschaftsstruktur oder Herrschende als Gegenstand der Untersuchung

Wird „die Herrschaftsstruktur“, „das System“ oder „der Machtapparat“ analysiert und als überindividuelle Erklärung angeboten, erscheint dies insofern eine zutreffende Qualifizierung, als strukturelle Bedingungen das hier untersuchte Verhalten maßgeblich mitbestimmen. Aber dies bedeutet zugleich eine Abkehr von greifbar

⁵⁴ *Milgram* 1974.

⁵⁵ *Haney/Banks/Zimbardo*, Interpersonal Dynamics in a Simulated Prison, in: *International Journal of Criminology and Penology* 1973, S. 69 ff.; *Zimbardo*, *The Lucifer effect: Understanding How Good People Turn Evil*, 2007.

⁵⁶ Vgl. die Fragestellung von *Brauneck* (*Allgemeine Kriminologie*, 1974, S. 158), wie es möglich sei, dass mitgebrachte bzw. erlernte Tötungshemmungen in kurzer Zeit verdrängt würden.

⁵⁷ Vgl. *Reese* 2004, S. 142 ff.

⁵⁸ Zum Begriff „Aktionsfeld“ im Unterschied zum „institutionellen Umfeld“ in der Polizeitheorie *Crank*, *Institutional theory of police: a review of the state of the art*, in: *Policing* 2003, S. 186 ff.

kriminologischen Zugangswegen.⁵⁹ Zudem wird bei einer rein organisatorischen Analyse oft verkannt, dass die äußere formelle Struktur (etwa formelle Normsetzung, Dienstweg, Befehlskette) in den meisten Organisationen faktisch ergänzt und teilweise ersetzt wird durch informelle Binnennormen und -strukturen⁶⁰, die gerade in Bezug auf nicht normkonformes Verhalten große Relevanz haben. Dasselbe gilt für den informellen Einfluss einzelner Personen über ihre formelle und offizielle Funktion hinaus. Werden solche Hintergründe und Bedingungen beachtet, kann auch ein organisationsanalytischer Ansatz kriminologische Erkenntnis fördern. Doch sollte der einer Strukturanalyse immanenten Tendenz, die individuellen Rollenträger in den Machtpositionen als „Täter“ hinter ihrer Rolle zu übersehen und damit ungewollt zu entlasten, entgegengewirkt werden. Wer die Struktur als ausschlaggebend ansieht, unterstellt ungewollt, jede Person an Stelle des konkreten Machthabers hätte ebenso gehandelt. Es ist der kriminologisch gravierende Unterschied zu beachten zwischen denjenigen, die von der Spitze aus das System bzw. den Machtapparat benutzen, und denen, die innerhalb des Apparats bzw. durch diesen gesteuert „nur“ eine ihnen vorgegebene Rolle erfüllen. Insofern ist zu begrüßen, wenn *Ulrich Eisenberg* schon in der Überschrift seines entsprechenden Kapitels die Staatsführungsangehörigen selbst als gemeinschaftlich agierende „Täter“ thematisiert. *Kauzlarich/Kramer* differenzieren für ihre Untersuchung des „State Crime“ die Ebene des institutionellen Umfelds (historisch, politisch, ökonomisch, kulturell), die organisatorische Ebene (Struktur und Prozess) und die individuell-interaktionelle Ebene, wobei auf jeder Ebene bestimmte Motivationshintergründe, Gelegenheitsstrukturen und Kontrollmöglichkeiten identifiziert werden können.⁶¹ Aus einer solchen Vorgehensweise ergibt sich sogleich, dass sich kriminologische Erklärungsansätze hinsichtlich der Herrschaftsstruktur und solche hinsichtlich der handelnden Individuen nicht widersprechen, sondern ergänzen.

⁵⁹ *Jäger* (1967, S. 21; ders. 1989, S. 29 und S. 86 f.) wendet sich explizit dagegen, es bei der Untersuchung von Strukturen zu belassen. Kriminologie habe es von ihrem Gegenstand her mit „individuellen Verhaltensweisen zu tun“, mit Sozialstrukturen dagegen nur, „soweit diese als Ursachen oder Entstehungsbedingungen solcher Verhaltensweisen in Betracht zu ziehen“ seien. Ähnlich *Neubacher* 2005, S. 244 f.

⁶⁰ Dem Topos „behördeninterne Handlungsnormen“ hat *Ulrich Eisenberg* speziell im Bereich der Strafrechtspflege besondere Beachtung gewidmet (vgl. *Kriminologie*, 2005, § 40).

⁶¹ *Kauzlarich/Kramer* 1998, S. 149.

2. Einzelne Aspekte der Erklärung

a) Zielorientiertheit und rationale Wahl in strukturellen Drucksituationen

Chambliss sieht staatlich organisiertes Verbrechen als Folge der Widersprüche in der Entstehung und Durchsetzung von Recht und Staat an.⁶² Die Legitimität des Staates beruhe auf einer Anerkennung des Rechts, das ihn zugleich in der Ausübung seiner Gewalt beschränke. Recht sei insofern ein zweischneidiges Schwert – es kreierte Konflikte, indem es andere zu lösen versuche; es bestehe ein Widerspruch zwischen den anerkannten Zielen staatlicher Behörden und den rechtlichen Mitteln sie zu erreichen. Dieser Zusammenhang könne erklären, warum Repräsentanten des Staates Gesetze verletzen, die ihre Aktivitäten beschränken sollen.⁶³ Insofern sei das Auftreten von Staatskriminalität dann wahrscheinlicher, wenn Staaten, Staatsbehörden oder offizielle Vertreter des Staates hoch motiviert seien, bestimmte Ziele zu erreichen, aber legitime Mittel zur Zielerreichung blockiert oder unattraktiv erschienen und zugleich keine Hindernisse durch externe Regulierung und Überwachung bestünden. Kurz: Es seien strukturelle Drucksituationen, die Behörden („agencies“) dazu veranlassten, ihre rechtlichen Grenzen zu überschreiten.⁶⁴ Speziell auf Staatsführungen gemünzt: Rechtswidrige oder gar menschenrechtsverletzende Handlungen entstünden aus dem Widerspruch zwischen politischem Führungsanspruch der Regierenden und der rechtlichen Begrenzung der Möglichkeiten zu dessen Einlösung. In dieser Drucksituation wählten einige politisch Verantwortliche die rechtswidrige Handlung, um das politische Ziel zu erreichen. Es zeigt sich allerdings eine apologetische Tendenz der Erklärung, die nicht Individuen sondern die „Behörden“ und „Drucksituationen“ für Grenzüberschreitungen verantwortlich erscheinen lässt und die Gesetzgebung in einer Demokratie nicht als primäres Steuerungsinstrument ansieht, sondern als Hindernis beim Erreichen erwünschter Ziele beschreibt.

b) Kontrolldefizite

Die Konzentration von Macht durch Nichtzulassung bzw. Aufhebung der Gewaltenteilung bzw. Pressefreiheit ist offenbar eine wichtige Vorbedingung für die Straftatenbegehung durch Staatsführungen.⁶⁵ Allerdings stellt sich theoretisch hier wie auch bei einigen anderen Erklärungsansätzen das Problem, ob Kontrolldefizite (etwa weitgehende Aufhebung der Gewaltenteilung oder mangelnde Unabhängigkeit der Justiz) Teil der Ursache oder Teil des Phänomens sind. So

⁶² Chambliss, *Criminology* 1989, S. 201.

⁶³ Chambliss, *Criminology* 1989, S. 184. Allerdings finden sich in seiner Kasuistik (vgl. S. 200 f.) kaum Ähnlichkeiten mit den hier untersuchten Geschehensabläufen.

⁶⁴ Chambliss, *Criminology* 1989, S. 200: „structural pressures exist that can push agencies to go beyond their legal limits“; ähnlich Kauzlarich 2005, S. 1233.

⁶⁵ Jäger 1989, S. 27 f.; Neubacher 2005, S. 249 ff.

können historische Beispiele dafür gefunden werden, wie der Fortfall von Kontrolle die Mächtigen korrumpiert und zu verbrecherischen Methoden geradezu herausfordert, andererseits lassen sich Beispiele dafür finden, dass Staatsführungen gezielt Kontrollen ausgeschaltet haben, um bereits geplante Straftaten bzw. völkerrechtswidrige Akte zu begehen.

Ein übergreifender Kontrollansatz könnte einen gemeinsamen Erklärungsansatz für allgemeine Kriminalität und Straftatenbegehung durch Staatsführungen darstellen.

Mit seiner 1995 veröffentlichten Kriminalitätstheorie „Kontrollbalance“ hat *Tittle* sowohl das abweichende Verhalten nach herkömmlicher kriminologischer Vorstellung als auch das Verhalten von Angehörigen der gesellschaftlichen Führungsschicht in einer einheitlichen Theorie erfasst. Damit gelingt ihm eine die Alltagskriminalität und Mächtigenkriminalität integrierende kriminologische Theorie, die andere Autoren⁶⁶ bis heute vermissen: Nach *Tittle* erhöht sich die Wahrscheinlichkeit abweichenden Verhaltens maßgeblich bei unausgeglichener Kontrollratio (dem Verhältnis zwischen Kontrolle über andere und Kontrolliertheit durch andere) und zwar sowohl, wenn Menschen zu starker Kontrolle ausgesetzt seien, wie dann, wenn sie über zu große Kontrollkompetenz verfügten (Kontrollüberschuss).⁶⁷ Mit Blick auf die von *Tittle* angegebenen Beispiele würde das Verhalten der Staatsführungen bei Menschenrechtsverletzungen im Allgemeinen unter seinen Begriff „plunder“ (Plünderung) passen, während Gehorsamsakte der Untergebenen vom Begriff „submission“ (Unterwürfigkeit) erfasst werden können.

⁶⁶ Reese 2004, S. 236 f.; vgl. auch *Neubacher* 2005, S. 240 ff.; dies entspricht der allgemein in der deutschen Kriminologie (noch) gegebenen Vernachlässigung dieser Theorie, vgl. aber *Eisenberg*, Kriminologie, 2005, § 7 Rz. 11a.

⁶⁷ *Tittle*, Control Balance. Toward a General Theory of Deviance, 1995, S. 135: „The central premise of the theory contends that the amount of control to which an individual is subject, relative to the amount of control he or she can exercise, determines the probability of deviance occurring as well as the type of deviance likely to occur“ – Die zentrale Prämisse der Theorie behauptet, dass die Menge der Kontrolle der ein Individuum ausgesetzt ist im Verhältnis zur Menge an Kontrolle, die es über andere ausübt, sowohl die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Abweichung bestimmt als auch die wahrscheinliche Art der Abweichung. (Übersetzung H.E.M.)

c) Neutralisierungen, Realitätskonstrukte und Medieneinfluss

Jägers Erklärungsansatz bezieht sich vor allem auf eine erweiterte, von der ursprünglichen Theorie der Neutralisationstechniken von Sykes und Matza⁶⁸ sich beträchtlich entfernende, Neutralisationstheorie, nach der die möglicherweise formale Illegalität der Handlung durch Bezugnahme auf ein außerrechtliches „höheres“ Normensystem ermöglicht werde⁶⁹: Da Jäger nicht zwischen den Hierarchieebenen differenziert, ist für die hiesigen Zwecke vor allem auf solche Neutralisierungsmechanismen abzustellen, die das Führungspersonal selbst aktivieren kann. Dabei kommt insbesondere die Überbetonung der Notwendigkeit der eigenen politischen Ziele⁷⁰, die Abwertung der Opfer (Rassismus und übersteigter Nationalismus, insb. bei Völkermord) und die Übertreibung der Gefährlichkeit des politischen Gegners (insb. bei Folter, unangemessener Verfolgung) in Betracht. Nach Crelinsten⁷¹ ist gerade in Staaten, in denen systematisch gefoltert wird, eine bestimmte Art der Realitätskonstruktion festzustellen, die es Folterern und ihren Auftraggebern ermögliche, die Anwendung der Folter gar nicht als solche zu realisieren. Zentrales Element dafür sei die Darstellung eines starken und gefährlichen Feindes, der die Gesellschaftsstruktur insgesamt bedrohe, u. a. mittels gegen „die Feinde“ gerichteter Gesetze und Verbreitung von Etiketten zur Beschreibung „der Feinde“ in den Massenmedien.⁷² Dies geschehe etwa bei der Ausbildung von Folterern, die Techniken beinhalte, „normale moralische Beschränkungen, andere zu verletzen, durch kognitive und weltanschauliche Konstrukte zu ersetzen, die Folter rechtfertigen und jegliche Faktoren zu neutralisieren, die zu Gewissensbissen oder zu Ungehorsam gegenüber Autoritäten führen könnten.“⁷³ Im Vergleich zu geschlossenen Gesellschaften, in denen das Folter legitimierende Wirklichkeitskonstrukt das einzig

⁶⁸ Sykes/Matza, Techniques of Neutralization: A Theory of Delinquency, in: American Sociological Review Vol. 22 (1957), S. 664 ff.

⁶⁹ Jäger 1989, S. 191 ff.: Hinzu träten affektive Gruppeneinflüsse, Dehumanisierung der Opfer, politische Orientierung, anthropologische Konstanten (etwa die situative Ausschaltung von Empathie), Desensibilisierungsprozesse, Verantwortungsentlastung und faktische Entkriminalisierung, sowie Einschränkung der Realitätswahrnehmung und Anomie des sozialen Fernraums.

⁷⁰ Im Hinblick auf den Nationalsozialismus etwa die „Rassenhygiene“, bei den sozialistischen Regimes des 20. Jahrhunderts etwa die des Staats- bzw. Parteiziels Sozialismus.

⁷¹ Crelinsten, The world of torture: A constructed reality, in: Theoretical Criminology 2003, S. 293 ff.

⁷² Crelinsten, Theoretical Criminology 2003, S. 296. Die Auffassung, mit Identifikation einer terroristischen Bedrohung sei die Einzelschuldfrage irrelevant und man könne „die Terroristen“ bzw. terroristischer Aktivitäten Verdächtige (teilweise) ihrer Rechte entkleiden, findet sich bekanntlich nicht nur in Staaten, die die Folter praktizieren, sondern auch in der deutschen Strafrechtsdiskussion.

⁷³ Crelinsten, Theoretical Criminology 2003, S. 295 (Übersetzung H.E.M.).

herrschende sei (wie etwa im nationalsozialistischen Deutschland⁷⁴), müsse die Wirklichkeitskonstruktion in offeneren Gesellschaften mit Meinungs- und Pressefreiheit raffinierter und komplexer ausfallen.⁷⁵ Für die Überzeugung von der Nützlichkeit und Angemessenheit bestimmter Formen der Folter bedarf es allerdings keines umfassenden und widerspruchsfreien Wirklichkeitskonstrukts im geschilderten Sinne, es genügen schon von der Mehrheit geteilte punktuelle Realitätsannahmen. In der Regel neutralisieren insbesondere Krisen- und Kriegszeiten die kritische Wahrnehmung der Öffentlichkeit, und solche Umstände können auch in demokratischen Systemen von Staatsführungen dazu genutzt werden, weitgehend einheitliche Vorstellungen vom „Gegner“ zu produzieren und zu verbreiten und intern „außergewöhnliche Maßnahmen“ zu legitimieren, die extern geheim zu halten seien.

Ein solches Konstrukt kann die Annahme sein, Menschenrechtsverletzungen wie etwa Folter seien sowohl geeignet als auch erforderlich, um bestimmte als unbedingt notwendig erachtete Informationen zu erlangen. In der Debatte um die Legitimität der Folter wird regelmäßig auf ein hypothetisches Szenarium Bezug genommen („ticking bomb“), um Folter unter bestimmten eng umgrenzten Umständen für zulässig zu erklären.⁷⁶ Ein solches spezifisches Szenarium soll in der juristischen Debatte illustrieren, in welchen Extremsituationen das generelle Folterverbot möglicherweise *rechtlich* in Frage gestellt werden kann. Dabei werden die situativen Fakten einschließlich der Wirksamkeit der Folter zur Ermittlung „wahrer“ Informationen als fiktive Prämisse unterstellt. In der allgemeinen Debatte werden solche Szenarien jedoch ganz unmittelbar bildlich dargestellt, was zugleich geeignet ist, die Überzeugung von Notwendigkeit und Wirksamkeit der Folter zu verbreiten.⁷⁷ So kann eine realitätsfremde Vorstellung von der Wirksamkeit der Folter bis in die Leitungsebenen der Exekutivorgane gelangen.

Wenig untersucht ist in diesem Zusammenhang bislang der Einfluss von täuschenden oder verzerrenden Medienberichten, zumal in Staaten, in denen Pressefreiheit herrscht, in der Regel auch Gegenpositionen Verbreitung finden. An

⁷⁴ Insofern bezieht sich *Crelinsten* allerdings auf die höchst kontroverse These *Daniel Goldhagens*, dass vor dem Hintergrund eines vorherrschenden eliminatorischen Antisemitismus niemandem die Tötung der Juden als moralisch falsch erschienen sei (*Crelinsten*, *Theoretical Criminology* 2003, S. 297).

⁷⁵ *Crelinsten*, *Theoretical Criminology* 2003, S. 299.

⁷⁶ Vgl. *Luban*, *Liberalism, Torture, and the Ticking Bomb*, in: *Virginia Law Review* Vol. 91 (2005), S. 1425 ff.

⁷⁷ *Luban*, *Virginia Law Review* 2005, S. 1441.

dem Konstrukt „Folter ist in manchen Situationen erforderlich und wirksam“ können aber auch fiktionale Fernsehsendungen mitwirken und für die emotionale Grundlage politischer Meinungsbildung wegen ihrer Verbreitung eine besondere Bedeutung erlangen.

Schließlich dient der Konstruktion einer (abweichenden) Realität und damit zugleich der Neutralisierung ein euphemistischer, den kriminellen Charakter der Handlungen verschleiender Sprachstil. Insbesondere anhand des Sprachgebrauchs der Nationalsozialisten für ihre Verbrechen ist dies als ein typisches Element der Neutralisierung makrokrimineller Geschehnisse untersucht worden; das Phänomen findet sich aber auch in weit weniger schwer wiegenden Zusammenhängen.

d) Verantwortungsentlastung und Immunisierung gegen (straf-)rechtliche Verfolgung
Verantwortungsentlastung durch Verantwortungsdiffusion und Verantwortungsdelegation⁷⁸ kann vom Führungspersonal bewusst eingesetzt werden, um sowohl die eigene Verantwortung für das konkrete Geschehen zu minimieren als auch es den unmittelbar Handelnden zu ermöglichen, sich nicht verantwortlich zu fühlen. Die entsprechenden Mechanismen gehören schon weitgehend zur Standardprozedur des politischen Führungspersonals, um nicht mit jedem (unvermeidlichen) Fehler seiner Apparate identifiziert zu werden. Umgekehrt lässt sich beobachten, wie untergeordnete Dienststellen bemüht sind, sich rechtlich abzusichern, indem für als möglicherweise illegal erkannte Handlungsweisen schriftliche Anweisungen der Vorgesetzten eingeholt werden.

Jamieson und McEvoy haben als Aspekt der Staatskriminalität speziell die „Nach-Außen-Verlagerung“ („othering“) und die damit ermöglichte Verantwortungsdiffusion untersucht.⁷⁹ Dieses „othering“ sei sowohl auf Täterseite als gezieltes Outsourcing der Verbrechensbegehung als auch auf Opferseite durch Ausschluss der Opfer aus dem Schutzbereich des Rechtsstaats zu beobachten.

Gemeint ist also die Tendenz, nicht die reguläre Behördenhierarchie (Polizei, Militär) für die Ausführung von rechtswidrigen Aktionen der Staatsführung einzusetzen, sondern Spezialagenturen geheimdienstlicher, geheimpolizeilicher oder paramilitärischer Art, privatisierte Militäreinheiten oder ausländische Einheiten. Dieses „Outsourcing“ diene der Verschleierung der Beziehungen zwischen der auftraggebenden Staatsführung und den Ausführenden und zugleich dazu, die formelle Verantwortung leugnen zu können, weil eine reguläre Anweisungskette von

⁷⁸ Jäger 1989, S. 200 f.

⁷⁹ *Jamieson/McEvoy*, State Crime by proxy and juridical othering, in: *British Journal of Criminology* (BritCrim) 2005, S. 504 ff.

der Staatsführung bis zu den Ausführenden von außen nicht erkennbar sei oder gar nicht existiere.⁸⁰

Noch differenzierter kann Verantwortungsdiffusion mit einem neo-institutionellen Ansatz analysiert werden. So sehen *Monahan/Quinn* eine spezielle Form des organisatorischen Handelns am Werk, wenn Führungspersonen in einem Machtapparat lediglich Ziele für Untergebene oder beauftragte Stellen setzen und den Angewiesenen weitgehende Freiheiten einräumen, diese Ziele zu verfolgen – damit werde (bewusst) normüberschreitendes Verhalten gefördert, während sich das Führungspersonal zugleich von der Verantwortung für die konkreten Handlungsweisen „abpuffere“ („buffering themselves from accountability“).⁸¹ *Monahan/Quinn* sprechen insofern von „decoupling“ und meinen damit eine Trennung zwischen Struktur und Handlung („disconnecting structure from action“⁸²). „Decoupling“ fördere auch in äußerlich ordnungsgemäß strukturierten Organisationen abweichendes Verhalten auf dem Niveau der ausführenden Personen im Sinne einer „Innovation“ (statt ritualisierter Befehlsbefolgung).⁸³ Für die Führung von Apparaten ergäben sich daraus zwei entscheidende Vorteile: eine wesentliche Effizienzsteigerung im Vergleich zu einem strikten Befehlssystem sowie die Möglichkeit, sich von der Verantwortung für Devianz zu distanzieren.⁸⁴ Ein wesentlicher Aspekt der unbehelligten Durchführung krimineller Akte durch Staatsführungen ist die Immunisierung gegen (spätere) Strafverfolgung. In tyrannisch oder diktatorisch geführten Regimes gelingt dies dadurch, dass es keine von der Führung unabhängige Macht gibt, die gegen die Führung eine strafrechtliche Klage führen kann. Ein Ziel der Konzeption des Rechtsstaats ist es, auch die Staatsführungen dem Recht zu unterwerfen, wobei ein System der gegenseitigen Kontrolle bei Unabhängigkeit der Justiz sicherstellen soll, dass Staatsführungen sich rechtmäßig verhalten. Eine internationale Strafgerichtsbarkeit kann zudem befristete Kontrolldefizite zumindest retrospektiv ausgleichen –

⁸⁰ Strafrechtsdogmatisch kündigt sich hier die Notwendigkeit an, die Konstruktion einer mittelbaren Täterschaft durch organisatorischen Machtapparat bzw. durch Befehlsstruktur neu zu überdenken.

⁸¹ *Monahan/Quinn*, *Theoretical Criminology* 2006, S. 365.

⁸² *Monahan/Quinn*, *Theoretical Criminology* 2006, S. 364 und S. 368.

⁸³ *Monahan/Quinn*, *Theoretical Criminology* 2006, S. 379 unter Bezugnahme auf *Mertons* anomietheoretisches Konzept.

⁸⁴ *Monahan/Quinn*, *Theoretical Criminology* 2006, S. 377.

jedenfalls der Theorie nach. In Staaten, die sich der internationalen Strafgerichtsbarkeit nicht unterworfen haben, ist es immerhin die kritische nationale und internationale Öffentlichkeit, die auf eine nachträgliche strafjuristische Aufarbeitung drängen kann, gegen die sich Machthaber schon vorab, aber auch noch während des Aufklärungsprozesses zu immunisieren trachten.

Neben der Verantwortungsdiffusion im vertikalen Sinne kann bei komplexen Regierungssystemen auch eine Diffusion horizontaler Art festgestellt werden, wobei das aus der Organisierten Kriminalität bekannte System der Abschottung einzelner Untergliederungen übertragen werden kann. Jede einzelne Regierungsstelle bzw. Behörde erfährt nur einen Teil des Gesamtgeschehens und kann so auch nicht für den Gesamtplan verantwortlich gemacht werden.

e) Dehumanisierung und Entrechtlichung der Opfer

Mit Dehumanisierung kann der Ausschluss der Opfer aus der menschlichen, mit Entrechtlichung derjenige aus der rechtlichen Gemeinschaft bezeichnet werden. Die Übergänge sind fließend. Die Dehumanisierung der Opfer ist ein seit der Analyse des Völkermords an den Juden bekannter und häufig beschriebener Faktor in der Vorbereitung von makrokriminellen Akten. Sie führt unmittelbar zur Neutralisierung einer Schädigungshandlung, da die Betroffenen in den Augen der Täter als „Feinde“ oder „Schädlinge“ es nicht anders verdienten und letztlich für ihr Schicksal selbst verantwortlich seien.⁸⁵ Diese generelle Annahme für die gesamte Zielgruppe führt nach *Kelman* bei den Folterern zu der Auffassung, die Behandlung sei gerechte Bestrafung, diene der Abschreckung von Komplizen und – am wichtigsten – zur Informationsgewinnung über die feindlichen Absichten.⁸⁶ Erleichtert wird eine Dehumanisierung dann, wenn Täter und Opfer verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen angehören,⁸⁷ weil der Gruppenverdacht eine kritische Prüfung des Verdachts gegen den Einzelnen umso leichter ersetzen kann, wenn er an äußerlich erkennbaren Merkmalen ansetzt. Der Handlungsanteil des Staatsführungspersonals kann hier darin liegen, die betreffende Bevölkerungsgruppe gezielt und massenmedial verbreitet verbal⁸⁸ zu diffamieren oder durch entrechtende Maßnahmen zu diskriminieren.

⁸⁵ *Kelman*, The Social Context of Torture: Policy Process and Authority Structure in: Crelinsten/Schmid (Hrsg.) The politics of Pain, 1995, S. 31 f.

⁸⁶ *Kelman* 2005, S. 133.

⁸⁷ *Kelman* 2005, S. 133.

⁸⁸ Erinnert sei insbesondere an die Vorbereitung des Völkermords in Ruanda durch gezielte Diffamierung der Tutsi in verbreitet gehörten Radiosendungen; vgl. statt Vieler: *Braeckman*, Völkermord in Ruanda. Eine Chronik unterlassener Hilfeleistungen, in: Le Monde diplomatique Nr. 7307 v. 12.3.2004.

Kontrolle wird im modernen Rechtsstaat vor allem durch Gerichte vermittelt – der Einzelne erlangt gegen den übermächtigen Staat dadurch Gegenmacht, dass formal und faktisch unabhängige Gerichte seine Freiheiten sichern. Staatlichen Eingriffen vorgeschaltete gerichtliche Prüfungen sind Voraussetzungen legitimer Machtausübung. Personen, die Rechtsschutz gegen staatliche Maßnahmen erlangen könnten, kann aber faktisch Rechtsschutz verweigert oder entzogen werden, etwa dadurch, dass diesen Personen der Status als Rechtsperson überhaupt abgesprochen wird⁸⁹ oder ihnen der Zugang zu Gerichten faktisch unmöglich gemacht wird. Aus der Kombination von Definition einer generell verdächtigen Zielgruppe und dem pauschalen Ausschluss der ihr angehörenden Individuen aus der Rechtsgemeinschaft ergibt sich die Gelegenheitsstruktur für die Kriminalität der Staatsführungen bis zu den unmittelbar Ausführenden, denen damit signalisiert wird, sie seien rechtlich ungebunden in der Behandlung ihrer menschlichen Gegenüber. *Jamieson/McEvoy* sehen die Entrechtlichung der Opfer in Parallele zur Entstaatlichung der Handelnden als ein „othering“ auf der Opferseite. Sie meinen damit speziell die Einschränkung von juristischer (Schutz-)zuständigkeit durch territoriale Verlagerung der Opfer, das Outsourcing der Taten an andere Staaten oder die Konstituierung eigener Sondergesetzgebung, um die (künftigen) Opfer der Anwendbarkeit der normalen staatlichen Schutzrechte zu entziehen.⁹⁰

Maßnahmen, die eine bestimmte Gruppe von Menschen vom für die Übrigen geltenden Rechtsschutz ausschließen sollen, können aus kriminologischer Sicht regelmäßig als gezielte Verschleierung schon geplanter rechtswidriger Handlungen gegen diese Personen und damit als Vorbereitungsakte für stattfindende Menschenrechtsverletzungen der Staatsführungen identifiziert werden.

f) Persönlichkeitsstruktur und Selbstkontrolle

Vom Ausgangspunkt *Chambliss'* aus lässt sich mit dem Rational Choice-Ansatz erklären, warum Staatsführungspersonal in bestimmten Drucksituationen (Krisen, Krieg) dazu tendiert, normative Grenzen zu überschreiten, um ein politisches Ziel zu erreichen. Jedoch wird man auch Unterschiede feststellen, die möglicherweise auf tiefer liegende politische Überzeugungen und Moralvorstellungen der

⁸⁹ Zu ähnlichen Bestrebungen in der deutschen Strafrechtsdebatte vgl. *Jakobs*, Bürgerstrafrecht und Feindstrafrecht, in: HRR Strafrecht 2004, S. 88 ff. www.hrr-strafrecht.de.

⁹⁰ *Jamieson/McEvoy*, BritCrim 2005, S. 514 ff.

Führungspersonen selbst zurückzuführen sind und teilweise auch Persönlichkeitsunterschiede reflektieren.

In der Erklärung des Verhaltens von Staatsführungen spielen täterorientierte Ansätze eine eher marginale Rolle. *Neubacher* meint, speziell die „General Theory of Crime“ von *Gottfredson/Hirschi*⁹¹ passe nicht auf über längere Zeit mit Hilfe von politischen Macht- und Herrschaftsapparaten begangene Makrokriminalität, da diese „in jeder Hinsicht das genaue Gegenteil von Handlungen“ sei, „die auf niedrige individuelle Selbstkontrolle zurückgeführt werden“ können.⁹² Die Tat geschehe nämlich mit „kühler Berechnung“ und diene dem „vorgeblich höheren Zweck des Staatsschutzes“.⁹³ *Neubacher* nennt zur Erläuterung *Adolf Eichmann* als Prototyp des in hohem Maße kontrolliert agierenden makrokriminellen Verbrechers.⁹⁴

Nun ist zwar die Kritik an der „General Theory of Crime“ im Kern berechtigt, da individuell niedrige Selbstkontrolle keineswegs eine allumfassende Erklärung devianten Verhaltens bietet. Insofern erweist sich die Behauptung einer Theorie zur Erklärung von allen Verbrechensformen („all crime at all times“) eher als Marketing innerhalb der Kriminologie. Was die generelle Ablehnung dieser Theorie im Rahmen der Makrokriminalität betrifft, ist allerdings Vorsicht angebracht. So kann durchaus in der Anmaßung unumschränkter Autorität und der Ausnutzung dieser Position zu unüberlegten Anweisungen und Reaktionen auch ein Zeichen mangelnder Selbstkontrolle gegeben sein, ebenso wie in überängstlichen oder cholerischen Überreaktionen eines Machthabers auf als Insubordination empfundene Kritik.⁹⁵ So vermittelt auch etwa die persönliche Tendenz zur Anmaßung, die eigenen Entscheidungen und Handlungsweisen seien von Gott angeleitet oder gewollt, in der Eigenwahrnehmung des Machthabers die Legitimität, gesetzliche, also lediglich von Menschen gemachte, Grenzen bewusst überschreiten zu dürfen. Insofern kann auch die Bezugnahme auf bestimmte Neutralisierungstechniken als in Abhängigkeit von persönlichen Befindlichkeiten gesehen werden, deren Ursache genauso etwa in der Erziehung der Staatsführer vermutet werden kann wie beim traditionell kriminologisch untersuchten Straftäter. Zudem ist zu bezweifeln, dass gerade die überlieferte (vermutete) Persönlichkeitsstruktur *Eichmanns* tatsächlich als Prototyp für die makrokriminellen Täter auf der Führungsebene des nationalsozialistischen Regimes aufgefasst werden kann.

⁹¹ *Gottfredson/Hirschi*, A General Theory of Crime, 1990.

⁹² *Neubacher* 2005, S. 242.

⁹³ *Neubacher* 2005, S. 242.

⁹⁴ *Neubacher* 2005, S. 242.

⁹⁵ Man denke etwa an rachsüchtige persönliche Anordnungen von Diktatoren zur ungesetzlich harten Bestrafung von (vermeintlich oder tatsächlich) Widerstand Leistenden.

g) Folter als Ergebnis von Expertise und Routine

Während die Folter abgeleitet aus der Antifolterkonvention der UN herkömmlich mit den drei Merkmalen „Zufügung von Schmerzen“, „Zweckbestimmung“ und „staatliche Durchführung bzw. Duldung“ beschrieben wird,⁹⁶ ist die spezifische Forschung in diesem Bereich schon weitaus fortgeschrittener und integriert teilweise schon zuvor ausgeführte Erklärungsansätze. *Kelman* identifiziert in seiner speziell zur Folter unternommenen Analyse⁹⁷ insbesondere drei sozialpsychologische Mechanismen⁹⁸, nämlich erstens die Autorisierung („authorization“⁹⁹) der Folter durch ausdrücklichen Befehl, implizite Ermunterung oder stillschweigende Billigung durch Vorgesetzte; zweitens die Routinisierung („routinization“¹⁰⁰) der Folter und drittens die -- schon oben beschrieben -- Dehumanisierung der Folteropfer.

Die Autorisierung entlastet den unmittelbar Folternden von eigener Prüfung der gesetzlichen bzw. moralischen Grundlagen, er fühle keine persönliche Verantwortung für das Geschehen. Insofern stimmt *Kelmans* Analyse mit der von *Jäger* und *Milgram* überein. *Kelmans* Analyse geht aber noch entscheidend weiter: Der Folterer werde nicht nur durch Gehorsam motiviert, sondern durch Teilnahme an einer Moral und Gesetz „transzendierenden Mission“.¹⁰¹ Die Überzeugung, einem hohen Ziel zu dienen, verstärke zusätzlich die empfundene Legitimität der eigenen Handlungen.¹⁰² Mit dieser Analyse kommt *Kelman* eigentlich von einem am Gehorsam orientierten theoretischen Konzept („Crimes of Obedience“¹⁰³) ab und ermöglicht den Blick darauf, wie es Staatsführungen gelingt, Untergebene in solche Taten zu involvieren, ohne auf ihre Gehorsamsbereitschaft setzen zu müssen. Ein reines Gehorsamsmodell kann zwar in einem totalitären System einige Überzeugungskraft entwickeln, nicht aber in den hier interessierenden demokratisch-rechtsstaatlichen Systemen. Entsprechend modernen Techniken der Mitarbeiterführung wird der Untergebene motiviert, indem er zum „Experten“ seiner Profession ausgebildet und als solcher angesprochen wird. Die Art und Weise, wie

⁹⁶ Vgl. etwa *Kaiser*, Folter, Misshandlung und krimineller Machtmissbrauch heute, in: *KrimJ* 2003, S. 245.

⁹⁷ *Kelman* 2005, S. 128 ff. einschl. tabellarischer Übersicht.

⁹⁸ *Kelman* 2005, S. 131 ff.

⁹⁹ *Kelman* 1995, S. 29 f.; *Kelman* 2005, S. 131.

¹⁰⁰ *Kelman* 2005, S. 132.

¹⁰¹ *Kelman* 2005, S. 131; *Kelman* 1995, S. 29.

¹⁰² *Kelman* 2005, S. 132.

¹⁰³ *Kelman* 1995, S. 20 ff.

er das verlangte bzw. vereinbarte Ziel durch Verhör eines Gefangenen konkret erreicht, wird in seine Kompetenz gelegt. Mit der Regelmäßigkeit der Anwendung der Folter („routinization“) schafft man eine „Aura der Professionalisierung“¹⁰⁴, in der der Folterer nicht mehr die Grausamkeit gegen das menschliche Gegenüber, sondern nur eine Applikation speziell erworbenen Wissens und erlernter Fertigkeiten wahrnimmt. Die Motivation zur Folter erfolgt durch die Nobilitierung des Folterhandwerks und durch die implizite oder ausdrückliche Gewährung rechtlicher Immunität. *Kelman* erwähnt als ein wichtiges zusätzliches Element dieser Professionalisierung die Anwesenheit und Teilnahme von medizinischem Personal zu dem Zweck, die Folter richtig zu dosieren, „um sicherzustellen, dass die Folter nicht den Tod des Opfers herbeiführt“.¹⁰⁵ Das medizinische oder psychologische Personal selbst mag der Überzeugung sein, Schlimmeres zu verhüten, tatsächlich aber trägt es dazu bei, der Folter den Anschein einer erlaubten Standardprozedur zu geben.

Die Errichtung eines solchen Systems der Folter kann regelmäßig nicht ad hoc als Reaktion auf eine konkrete Drucksituation in Betracht kommen.¹⁰⁶ Vielmehr setzt der bewusste Einsatz von Foltertechniken als Instrument der Informationsbeschaffung die gezielte Vorbereitung einschließlich der Ausbildung von Folterexperten voraus, die sich kaum für andere Aufgaben eignen.¹⁰⁷ Die Existenz eines solchen Systems schließt es zugleich aus, Folterhandlungen lediglich als vereinzelte und von höherer Stelle unbeabsichtigte Überschreitung von Kompetenzen durch einzelne Untergebene der mittleren und unteren Hierarchieebenen zu interpretieren.

¹⁰⁴ *Kelman* 2005, S. 132.

¹⁰⁵ *Kelman* 2005, S. 132.

¹⁰⁶ Insofern zeigt sich, dass die Argumentation, Folter sei in außergewöhnlichen Situationen („ticking bomb scenarios“) legitim, sich auch insofern von der Wirklichkeit entfernt: Niemand wird Folterer für Situationen ausbilden, die extrem unwahrscheinlich sind; vgl. *Luban*, *Virginia Law Review* 2005, S. 1445.

¹⁰⁷ *Mayer* (Whatever it takes, *The New Yorker* v. 19. Februar 2007) zitiert *Navarro*, einen Verhörexperte des FBI: "Only a psychopath can torture and be unaffected. You don't want people like that in your organization. They are untrustworthy, and tend to have grotesque other problems."

IV. Guantanamo und Abu Ghraib – Versuch einer kriminologischen Analyse

1. Geschehensablauf

Die internationale Aufmerksamkeit für das Geschehen im Gefängnis Abu Ghraib, einem schon unter Saddam Hussein berüchtigten Ort der Folter politischer Gefangener im Irak, wurde durch die Verbreitung von Fotografien ausgelöst, die von US-Wachsoldaten während ihrer Dienstzeit angefertigt wurden¹⁰⁸ und im April 2004 (zu einem geringen Teil) über einen US-Fernsehsender und das Internet verbreitet wurden. Die dokumentierten Geschehensabläufe führten zu mehreren internen Untersuchungen und zu noch heute arbeitenden parlamentarischen Untersuchungsausschüssen im US-Kongress¹⁰⁹. Im Verlauf der Untersuchungen und nach Entlassung einiger Gefangener in ihre Heimatländer wurde einer breiten Öffentlichkeit bekannt, dass Gefangene in Guantanamo vergleichbaren Misshandlungen ausgesetzt waren. Man verfügt heute (Oktober 2008) über ein detailreiches und relativ genaues Bild der Geschehensabläufe.¹¹⁰ Davon soll hier nur ein knapper Abriss wiedergegeben werden.

¹⁰⁸ Der Anfertigung und Veröffentlichung der Fotos lagen offenbar verschiedene Motive zugrunde. Zum einen dienten die Fotos der aktuell gequälten Gefangenen selbst der (erweiterten) Quälerei, zumal die Gefangenen zu sexuell degradierenden Verhaltensweisen gezwungen wurden, wobei teilweise deren vermutete religiöse Vorbehalte und Tabus gegenüber sexuell konnotierten Situationen (Nacktheit, Homosexualität) gezielt ausgenutzt wurden. Zum zweiten dienten die Fotografien „touristischen“, teilweise auch pornografischen Zwecken. Schließlich ist bei einigen der Fotografien dokumentiert, dass sie von Wachsoldaten zu Beweis Zwecken angefertigt wurden, um eine spätere Vertuschung von Geschehensabläufen durch die Vorgesetzten zu verhindern; vgl. dazu *Gourevitch/Morris*, Exposure, in: *The New Yorker* v. 24. März 2008.

¹⁰⁹ Während der Arbeit an diesem Aufsatz tagt aktuell (Oktober 2008) noch das „Senate Armed Services Committee Hearing on the Authorization of Survival Evasion Resistance and Escape techniques for Interrogations in Iraq: Part II of the Committee’s Inquiry into the Treatment of Detainees in U.S. Custody“, das sich insbesondere mit den Handlungen der US-Staatsführung betreffend die Nutzung von SERE-Methoden befasst. Eine Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse befindet sich im Internet unter <http://levin.senate.gov> (eingesehen am 25.09.2008); vom Ausschuss ermittelte Schriftstücke und Zeugenaussagen sind einsehbar unter: www1.umn.edu/humanrts.

¹¹⁰ Die folgende Darstellung basiert im Wesentlichen auf den unter Nutzung der Angaben unmittelbar Beteiligter entstandenen Darstellungen von *Philippe Sands* (Torture Team, Mai 2008); *Jane Mayer* (The Dark Side, Juli 2008) sowie *Mark Benjamin* (A timeline to Bush government torture, in: *Salon.com* v. 18. Juni 2008). Selbstverständlich sind aufgrund der bislang nicht abgeschlossenen Untersuchungen und auch kontrovers gebliebener Einzelheiten noch gewisse Vorbehalte einzuräumen. Jedoch sind die durch verschiedene Untersuchungsgremien und journalistische Aufklärung seriöser Zeitungen (insbes. *Washington Post*, *New York Times* und *The New Yorker*) gefundenen tatsächlichen Abläufe

Die gleichzeitigen Terroranschläge am 11. September 2001 u.a. auf das World Trade Center in New York City durch Attentäter der Al Qaida-Organisation, die mehrere tausend Todesopfer fordern, stellen an die überraschte Staatsführung der USA besondere Anforderungen. Eine der Reaktionen ist es, den Terroranschlag als eine kriegerische Handlung einzustufen und konsequent militärisch darauf zu reagieren. Dies geschieht ab Oktober 2001 in Afghanistan gegen das dortige Taliban-Regime, das der Al Qaida-Organisation eine Operationsbasis gewährt hatte, und ab März 2002 im Irak. Obwohl der Irak objektiv nicht mit dem Terroranschlag in Verbindung steht, gelingt es der amerikanischen Staatsführung, eine Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung davon zu überzeugen, die Besetzung des Irak und der Sturz von *Saddam Hussein* mit militärischen Mitteln seien vor allem als Teil des Kriegs gegen den Terrorismus notwendig.¹¹¹

Schon unmittelbar nach den Anschlägen, am 15. September 2001, werden dem CIA von US-Präsident *Bush* weitestgehende Befugnisse in der Bekämpfung von Al Qaida gegeben – speziell zu Verhörmethoden enthält diese Anweisung aber keine Angaben.¹¹²

Sowohl in Afghanistan als auch später im Irak werden von amerikanischen Streitkräften Personen gefangen genommen, teils im unmittelbaren Zusammenhang mit Kampfhandlungen, teils als Ergebnis von Ermittlungen zur Ergreifung von Angehörigen der Al Qaida. Ein großer Teil der in Afghanistan gefangen genommenen Personen wird aufgrund von Denunziationen aus der jeweiligen Zivilbevölkerung bekannt, nachdem für Hilfe zur Ermittlung von Angehörigen der Terrorgruppen auf Flugblättern erhebliche Belohnungen ausgelobt worden sind. Eine erhebliche Anzahl dieser Gefangenen ist weder unmittelbar in Kampfhandlungen gegen die US-Streitkräfte involviert noch steht sie mit terroristischen Vereinigungen in Verbindung.¹¹³

wahrscheinlich von größerer Präzision, als sie regelmäßig in Gerichtsverfahren zur Aufklärung von Straftaten erreicht wird.

¹¹¹ Trotz Vorlage von später als Täuschungen und Fälschungen entlarvten angeblichen „Beweismitteln“ gelang es der US-Regierung bekanntlich nicht, den UN-Sicherheitsrat und die internationale Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen.

¹¹² *Warwick*, CIA tactics endorsed in secret memos, Washington Post v. 15.10.2008.

¹¹³ Dass es unter kriegerischen Umständen zu einer Fehlauswahl bei der Gefangennahme kommt und dass sich Verdächtigungen nicht bestätigen lassen, ist freilich kaum zu vermeiden. Jedoch war

Für die Militärangehörigen tritt die Frage auf, wie mit diesen Gefangenen umzugehen sei.¹¹⁴ Schwierigkeiten bereitet zum einen die Logistik einer angemessenen Behandlung und Bewachung. Zum anderen werden Kenntnisse der Gefangenen als wichtige Informationsquelle angesehen, da die US-Streitkräfte im Einsatz gegen einen vor allem guerillataktisch vorgehenden Gegner kaum über Möglichkeiten der technischen Aufklärung verfügen.¹¹⁵

Die US-Regierung entscheidet schon bald nach dem Beginn des Krieges in Afghanistan auf Vorschlag des so genannten „war council“, eines außerordentlichen juristischen Beratungsgremiums¹¹⁶, die in Afghanistan gefangenen Personen nicht als Kriegsgefangene zu behandeln, aber auch nicht vor ordentliche Gerichte zu bringen, sondern neuartige Militärtribunale einzurichten, um über ihr Schicksal zu entscheiden. Die Vorschläge werden im November 2001 in einem Rechtsakt umgesetzt.¹¹⁷

zunächst kein ordentliches Verfahren zur Überprüfung von Vorwürfen geplant und tatsächlich wurden die meisten Gefangenen, darunter Jugendliche, erst Jahre später freigelassen bzw. werden bis heute festgehalten. Im Sommer 2002 kommt ein CIA-Mitarbeiter mit dem Auftrag, die Praktiken in Guantanamo zu evaluieren, zu der Auffassung, dass etwa ein Drittel der dort einsitzenden 600 Personen zu Unrecht inhaftiert seien und die USA möglicherweise Kriegsverbrechen begingen, wenn sie diese Personen weiter gefangen hielten. Damit konfrontiert beharrt die US-Staatsführung auf der einmal getroffenen offenkundig falschen Feststellung, alle dort Inhaftierten seien feindliche Kombattanten (Mayer 2008, S. 183 ff.).

¹¹⁴ Mayer 2008, S. 79 f.

¹¹⁵ Vgl. Kleinman (Colonel der US Air Force), Prepared Statement before the US Senate Committee on Armed Services Hearing on the treatment of detainees in US Custody v. 25. September 2008 (<http://armed-services.senate.gov/statemnt/2008/September/Kleinman%2009-25-08.pdf>), S. 1: „At that time, the nation's Armed Forces and intelligence services were struggling to shift the focus from a conventional and strategic threat to one defined as asymmetric and operational. Much about this new adversary, however, could not be gathered through our edge in technical intelligence. In a surprise to many, this critical gap was filled by the interrogation of detainees.“

¹¹⁶ Dem „Gremium“ gehörten an: Addington, leitender Rechtsberater des US-Vizepräsidenten, Haynes II, Leiter der Rechtsabteilung des US-Verteidigungsministeriums, Gonzales, leitender Rechtsberater des US-Präsidenten und späterer Justizminister, Flanigan, Stellvertreter von Gonzales sowie Yoo, Rechtsberater im Stab des Justizministers.

¹¹⁷ Presidential Military Order: Detention, Treatment and Trial of Certain Non-Citizens in the War Against Terrorism vom 13. November 2001; dazu und zur weiteren rechtlichen Behandlung der Gefangenen vgl. Book/Geneuss, Gefangene jenseits des Rechts?, in: ZIS 2008, S. 325.

Ab Januar 2002 werden Gefangene nach Guantanamo verbracht, um sie dort auf unbestimmte Zeit festzuhalten und zu verhören. Dieser Ort auf der Insel Kuba steht unter Kontrolle des US-amerikanischen Militärs, zugleich wird er als exterritorial betrachtet unter weitgehendem Ausschluss der US-amerikanischen Jurisdiktion über diesen Ort. Von den militärischen Funktionsträgern wird mit den Verhören primär das präventive Ziel verfolgt, mögliche weitere Anschläge der Al Qaida im Kriegsgebiet oder in den USA dadurch verhindern zu können. Daneben dienen die Verhöre aber auch dem repressiven Ziel, Informationen zur strafrechtlichen Verfolgung der Anschläge vom 11. September 2001 und anderer terroristischer Anschläge zu erlangen.

Vernehmungen der Gefangenen sind seitens des US-Militärs grundsätzlich nach den Regeln des Field Manual FM 34-52 (Feldhandbuch) durchzuführen. Unabhängig vom Status der Gefangenen basieren die Verhörmethoden auf „rapport“, also auf Herstellung einer Beziehung, in deren Folge der Gefangene positiv davon überzeugt wird, dass es für ihn vorteilhaft ist zu kooperieren. Die erniedrigende Behandlung von Gefangenen und die Anwendung von körperlichem Zwang sind ausdrücklich untersagt. Die Anti-Folter-Konvention und die Genfer Konvention sollen strikt befolgt werden.

Bereits zu diesem Zeitpunkt werden allerdings Gefangene in Obhut des CIA mit Methoden verhört, die nicht dem genannten Field Manual des US-Militärs entsprechen.¹¹⁸

Im Februar 2002 entscheidet US-Präsident Bush, dass die in Afghanistan gefangen genommenen Personen nicht die Rechte der Genfer Konvention für Kriegsgefangene in Anspruch nehmen können. Man werde sie aber „human“ behandeln, soweit die militärischen Erfordernisse es zuließen.¹¹⁹ Damit folgt er der Beratung des „war council“, gegen die deutliche Warnung aus der Rechtsabteilung des Außenministeriums¹²⁰ und von verbündeten Staaten geäußerte Bedenken. Im Frühjahr 2002 finden unter Leitung der damaligen Sicherheitsberaterin Rice im

¹¹⁸ Der CIA hat 1963 ein eigenes Programm von Vernehmungsmethoden entwickelt, das KUBARK genannt wird, eine deutsche Übersetzung findet sich unter www.ulla-jelpke.de.

¹¹⁹ Entscheidung vom 7. Februar 2002, Wortlaut unter: www.kron.com/global/story.asp?s=1962000 (abgerufen am 22. Oktober 2008).

¹²⁰ Taft IV, Memorandum: Comments on your paper on the Geneva Convention, 2. August 2002.

Weißes Haus Gespräche über Verhörmethoden statt.¹²¹ In diesen Gesprächen wird darüber diskutiert, Methoden des SERE-Trainingsprogramms, mit dem US-Soldaten auf Verhörmethoden und Folter in fremder Kriegsgefangenschaft vorbereitet werden¹²², so umzuarbeiten („re-engineering“), dass damit Gefangene aus dem gegenwärtigen Krieg verhört werden können. Unter anderem wird über Sinnesdeprivation, Schlafentzug, Stresspositionen, Schlagen, Sinnesüberreizung und Ernährungsmanipulation gesprochen. Erwähnung findet auch eine Methode, die „waterboarding“ genannt wird, bei der der Gefangene durch Zufuhr von Wasser in eine körperliche Lage wie vor dem Ertrinkungstod gebracht wird.

Im August 2002 werden in einem juristischen Gutachten von *Bybee* und *Yoo* die Bestimmungen der Anti-Folter-Konvention durch eine äußerst enge Definition von Folter wesentlich beschränkt. Folter soll nach diesem Gutachten nur dann gegeben sein, wenn Schmerzen ausgelöst werden, die ihrer Intensität nach einer schweren Verletzung gleichen, etwa dem Organverlust, Verlust von Körperfunktionen oder dem Tod.¹²³ Der fünfte und der achte Verfassungszusatz der amerikanischen Verfassung¹²⁴ seien nicht auf ausländische feindliche Kombattanten anwendbar und das Bundesstrafrecht der USA gelte nicht für autorisierte Verhöre feindlicher Kombattanten durch Militärpersonal in einem bewaffneten Konflikt. Vielmehr dürfe wegen der verfassungsrechtlich garantierten alleinigen Autorität des Präsidenten als

¹²¹ Anwesend sind neben *Rice* bei diesen Gesprächen im Weißen Haus mehrere höchstrangige Regierungsangehörige, darunter Verteidigungsminister *Rumsfeld* und Justizminister *Ashcroft*, vgl. *Mazetti*, Bush Aides Linked to Talks on Interrogations, in: New York Times v. 25.09.2008.

¹²² SERE (Survival, Evasion, Resistance and Escape) ist ein Trainingsprogramm für US-Soldaten, das dazu dienen soll, Verhörtechniken eines angenommenen Gegners zu widerstehen. Dazu werden Soldaten solchen Techniken ausgesetzt, die in früheren kriegesischen Auseinandersetzungen gegen US-Kriegsgefangene eingesetzt wurden; die meisten dieser Techniken stammen aus dem Koreakrieg. Allerdings wurden die Techniken nicht dazu eingesetzt, von den US-Soldaten geheime Informationen zu erlangen, sondern dazu, sie zu falschen „Geständnissen“ und äußerlichem Verrat ihres Landes zu zwingen.

¹²³ *Yoo/Bybee*, Memorandum to Alberto R. Gonzales, Re: Standards of Conduct for Interrogation under 18 U.S.C. §§ 2340-2340A vom 1. August 2002, S. 13: "The victim must experience intense pain or suffering of the kind equivalent in intensity to the pain accompanying serious physical injury, such as organ failure, impairment of bodily function, or even death."

¹²⁴ Der fünfte Verfassungszusatz der US-Constitution enthält sowohl die Freiheit vom Selbstbelastungszwang („Schweigerecht“) als auch das Recht auf einen fairen Prozess, der achte Verfassungszusatz verbietet brutale und ungewöhnliche Bestrafung.

„commander in chief“ das US-Bundesstrafrecht überhaupt nicht angewendet werden.¹²⁵

Vernehmer von Guantanamo fahren Mitte September 2002 nach Fort Bragg, North Carolina, um dort in SERE-Techniken geschult zu werden.¹²⁶ Ende September 2002 kommen vier höchstrangige Juristen der US-Staatsführung¹²⁷ nach Guantanamo. Sie erhalten dort Informationen über aktuell angewendete Verhörtechniken und beobachten eine Befragung des Gefangenen *Al-Qahtani*.¹²⁸ Nach später veröffentlichten Minutenprotokollen des Verhörs von *Al-Qahtani* ist dieser zwischen November 2002 und Januar 2003 über die Dauer von 49 Tagen in Guantanamo gequält worden.¹²⁹

Im gleichen Monat finden in Guantanamo mehrere Treffen unter Leitung der Militärjuristin *Beaver* statt, in denen mit den Vernehmern in Guantanamo über mögliche neue Verhörtechniken gesprochen wird.¹³⁰ In einem dieser Treffen werden spezifische „Vernehmungstechniken“ wie das vom CIA angewendete „waterboarding“ diskutiert sowie die Notwendigkeit, einzelne Gefangene vor dem Internationalen Roten Kreuz zu verbergen. Bestimmte „harte“ Verhörtechniken („significantly harsh techniques“) werden schon zuvor vom CIA angewendet, jedoch müssen sie im Einzelfall vom Justizministerium genehmigt werden. CIA-Direktor

¹²⁵ Yoo/Bybee 2002, S. 31 ff. Das so genannte Yoo-Memorandum vom August 2002 wird im Dezember 2004 zurückgenommen und ersetzt durch ein neues Memorandum (Levin-Memorandum).

¹²⁶ Im Januar 2003 werden zudem in Guantanamo 24 Mitglieder des Verhörteams von SERE-Ausbildern in Vernehmungstechniken geschult.

¹²⁷ Es handelte sich um *Addington*, *Rizzo*, Leiter der Rechstabteilung des CIA, *Haynes II*, sowie *Chertoff*, damaliger Chef der strafrechtlichen Abteilung des Justizministeriums.

¹²⁸ *Al-Qahtani* steht aufgrund von Indizien im Verdacht, der so genannte 20. Attentäter zu sein, dem es kurz vor dem 11. September 2001 nicht gelungen ist, in die USA einzureisen. Er wurde im Februar 2008 wegen der Beteiligung an den Attentaten vor einem Militärtribunal angeklagt. Ohne Begründung wurde die Anklage im Mai 2008 fallen gelassen, nachdem Militärstaatsanwälte offenbar Bedenken hatten, den Fall wegen der Folterung *Al-Qahtanis* weiter zu verfolgen.

¹²⁹ Ein Protokoll der Vernehmung wurde im März 2006 vom amerikanischen Nachrichtenmagazin *Time* veröffentlicht, www.time.com/time/2006/log/log.pdf. Das Protokoll offenbart Vorgehensweisen, die an der psychischen Gesundheit der an den Anordnungen beteiligten Personen ernsthaft zweifeln lassen.

¹³⁰ *Mayer* 2008, S. 196; das Protokoll einer solchen Sitzung ist veröffentlicht im Rahmen der Senate Armed Services Committee-Untersuchung: Committee's Inquiry into the Treatment of Detainees in U.S. Custody www1.umn.edu.

Hayden räumt später ein, dass 2002 die Gefangenen *Zubaydah*, *Al-Nashiri* und *Khalid Sheikh Mohammed* vom CIA der „waterboarding“-Prozedur unterzogen worden seien.¹³¹

Aus den genannten Gesprächen sich ergebende Vorschläge werden von *Beaver* rechtlich untersucht und das im Ergebnis affirmative Gutachten vom Leiter des Gefangenenlagers, damals *Dunlavy*, am 11. Oktober seinen Vorgesetzten in Washington mit dem Begehren, diese Techniken in Guantanamo verwenden zu dürfen, vorgelegt.¹³² Das Gutachten enthält Verhörtechniken in mehreren Kategorien von steigender Intensität: Stresspositionen, Ausnutzen von Phobien, bedrohlicher Einsatz von Hunden, Entkleidung, sichtverdeckende Hauben, Isolation, Reizentzug, Kälte, und das „waterboarding“.

Innerhalb der militärischen Führungsebene stoßen die Vorschläge aus Guantanamo in der Folgezeit zwar auf große Bedenken, jedoch erklärt *Haynes II*, leitender Rechtsberater im Verteidigungsministerium, in einem Gutachten für den Minister die Vernehmungstechniken für zulässig und empfiehlt *Rumsfeld*, diese mit Ausnahme von drei Maßnahmen pauschal zu genehmigen. Am 2. Dezember genehmigt *Rumsfeld* eine Liste mit insgesamt 15 Verhörtechniken in drei Kategorien.¹³³ Neben seiner Unterschrift notiert *Rumsfeld* handschriftlich den Kommentar: „Ich stehe 8 bis 10 Stunden am Tag, warum ist das Stehen auf 4 Stunden beschränkt?“. Kopien dieser Liste mit den von *Rumsfeld* persönlich genehmigten Verhörtechniken

¹³¹ *Price*, CIA chief confirms use of waterboarding on 3 terror detainees, in: *Jurist*, Legal News and Research vom 5. Februar 2008.

¹³² *Dunlavy*: „I wanted top cover.“ (zitiert nach *Sands* 2008, S. 48).

¹³³ Kategorie I: Schreien, Irreführung, Einsatz verschiedener Verhörbeamten, Verschleiern der Identität des Verhörs (so als ob dies in einem Land stattfände, das seine Gefangenen hart behandelt); Kategorie II: Stresspositionen (wie stundenlanges Stehen, maximal 4 Stunden), das Verwenden gefälschter Dokumente oder Berichte, Isolation für 30 Tage oder länger, Verhöre außerhalb der Verhörzelle, Entzug von Licht und Geräuschen, Verhüllen, Verhöre bis zu 20 Stunden ohne Unterbrechung, Entzug aller Gegenstände, die Komfort ermöglichen (einschließlich religiöser Gegenstände), Wechsel von regulären Mahlzeiten zu vorbereiteten Militärmahlzeiten, Wegnahme der Kleidung, erzwungenes Haarschneiden und Rasieren, Ausnutzen von Phobien (wie der Angst vor Hunden), um Stress zu erzeugen; Kategorie III: Dem Gefangenen wird suggeriert, dass ihm oder seiner Familie der Tod oder die Zufügung von Schmerzen unmittelbar bevorstehe, Einsatz von Kälte oder Wasser, Einsatz von weichem, nicht-verletzenden Körperkontakt, Benutzung eines nassen Handtuchs oder Eintauchen ins Wasser, um Ertränken oder Ersticken zu simulieren.

einschließlich seines Kommentars finden später sowohl in Guantanamo als auch in Abu Ghraib unter dem Personal Verbreitung.

Kurz vor den Weihnachtsfeiertagen 2002 kritisiert *Mora*, der juristische Berater der US-Navy, die von *Rumsfeld* genehmigten Vernehmungsmethoden als „an Folter grenzend“ und verlangt eine erneute Überprüfung. Als *Mora* im Januar 2003 damit droht, die Verletzung nationaler und internationaler Gesetze öffentlich zu machen, zieht *Rumsfeld* am 15. Januar die Genehmigung zurück und gibt einer Arbeitsgruppe den Auftrag, neue Richtlinien für Vernehmungen zu erstellen. Dabei stellt er sicher, dass der militärjuristische Einfluss in dieser Arbeitsgruppe marginal bleibt.

Im März 2003 entwirft *Yoo* erneut ein Rechtsgutachten zu Verhörtechniken, das noch weiter geht als sein Gutachten vom August 2002. Auf dieser Basis werden von *Rumsfeld* als Ergebnis der Arbeitsgruppe 24 Verhörtechniken zum Einsatz in Guantanamo genehmigt, die sich wenig von den zuvor genehmigten unterscheiden. Im Entscheidungsprozess werden *Mora* und andere Kritiker umgangen.

In mehreren bislang geheimgehaltenen schriftlichen Memoranden wird dem anfragenden CIA seitens der Regierung bestätigt, dass weitere Verhörtechniken einschließlich des „waterboarding“ an bestimmten Gefangenen weiterhin angewendet werden dürfen.¹³⁴

Verhörtechniken, die bislang nur für den Gebrauch in Guantanamo eingesetzt werden, werden im September 2003 auch in irakischen Gefangenenlagern eingeführt, nachdem der in Guantanamo verantwortliche General *Geoffrey Miller* nach Abu Ghraib gesendet worden war, um die dortigen Verhörergebnisse zu verbessern.¹³⁵ Am 14. September erlaubt der Befehlshaber der US-Streitkräfte im Irak, General *Ricardo Sanchez*, bei Verhören als Standardprozedur Stresspositionen, Umgebungsmanipulationen, Schlafentzug und den einschüchternden Gebrauch von Hunden. Dies stellte – selbst nach den Kriterien der US-Regierung – einen Verstoß gegen die Genfer Konvention dar, die im Krieg gegen den Irak nach wie vor als maßgebend angesehen wurde.

¹³⁴ *Warwick*, Washington Post v. 15.10.2008: Die Existenz der Memoranden wird von Regierungsverantwortlichen bestätigt, die schriftlichen Bestätigungen seien insbesondere vom damaligen CIA-Direktor *Tenet* im Juni 2003 und noch einmal im Juni 2004 angefordert worden.

Im Oktober und November 2003 entstehen die im April 2004 veröffentlichten Fotografien der Gefangenenmisshandlungen in Abu Ghraib.

Die bis heute veröffentlichten Dokumente und Aussagen vor Untersuchungsgremien belegen, dass seit dem Beginn des Jahres 2002 intensiv auf höchster Ebene der US-Regierung Fragen der Behandlung von Gefangenen affirmativ behandelt wurden und dass mehrfach ausdrückliche Genehmigungen und Anweisungen erfolgten, in Guantanamo und später auch im Irak Verhörmethoden zu praktizieren, die in Misshandlung und Folter einmündeten.

Die konkret in den Fotografien dokumentierten Gefangenenmisshandlungen in Abu Ghraib sind wahrscheinlich nicht unmittelbar auf höchste Anweisung zurückzuführen, spiegeln aber die an anderen Gefangenen durch den CIA und andere Behördenvertreter regulär praktizierten Verhörmethoden wider, die von höchster Stelle genehmigt wurden.

2. Die US-Staatsführung als Tätergemeinschaft

Nach heutigem Wissensstand hat die US-Regierung, namentlich US-Präsident *Bush*, US-Vizepräsident *Cheney*, (ehem.) Verteidigungsminister *Rumsfeld* und Justizminister *Ashcroft* jeweils in Übereinstimmung mit ihren juristischen Beratern (darunter *Addington*, *Yoo* und *Haynes II*), die Anwendung von Foltertechniken zur Informationsbeschaffung ausdrücklich angeordnet oder genehmigt und dadurch Folter und Gefangenenmisshandlung in Guantanamo und Abu Ghraib direkt und indirekt veranlasst. Auf die darüber hinaus gehenden bekannten makrokriminellen Verhaltensweisen der US-Staatsführung, namentlich die Führung des Angriffskriegs gegen den Irak¹³⁶, die Entführung von Kriegsgefangenen sowie Unbeteiligten durch den CIA und die jahrelange Inhaftierung von – teils minderjährigen – Personen ohne gerichtliche Prüfung kann hier nicht näher eingegangen werden.

¹³⁵ *Wilson/Chan*, As Insurgency Grew, so did Prison Abuse, Washington Post v. 10. Mai 2004; Editorial „Torture policy“ Washington Post v. 16. Juni 2004.

¹³⁶ Aus kriminologischer Sicht dazu: *Kramer/Michalowski*, War, Aggression and State Crime. A criminological Analysis of the Invasion and Occupation of Iraq, in: British Journal of Criminology 2005, 446.

Im Folgenden sollen die oben allgemein erörterten Aspekte des kriminologisch relevanten Verhaltens von Staatsführungen hinsichtlich der geschilderten Geschehensabläufe überprüft werden.

a) Zielorientiertheit und rationale Wahl in strukturellen Drucksituationen

Ein Motivationshintergrund für die Duldung und Anordnung von Foltertechniken in Guantanamo besteht in der besonderen Situation, in der sich die USA nach den Anschlägen vom 11. September befanden. Dabei kann hinsichtlich der Folter – anders als möglicherweise hinsichtlich der Kriegsführung gegen den Irak – unterstellt werden, dass diese tatsächlich zur Erlangung von Informationen zum Schutz der USA und ihrer Streitkräfte vor weiteren Anschlägen dienen sollte.

Die Beschränkung durch internationale Abkommen, insbesondere die Genfer Konvention und die Anti-Folter-Konvention, wurde als Behinderung möglicherweise effektiverer Möglichkeiten, an solche Informationen zu gelangen, empfunden. Damit besteht eine Situation, die nach *Chambliss* auch Staatsführungen demokratischer Rechtsstaaten zur Überschreitung der rechtlichen Grenzen verleiten kann – der äußere Druck bzw. der eigene Anspruch politische Ziele oder Anforderungen unbedingt erreichen zu müssen.

Die Überschreitung der Grenzen des Rechtsstaats kann somit als rational im Sinne des „Rational Choice“-Ansatzes interpretiert werden. Die Folter zur Informationserlangung wäre demnach Folge einer rationalen Abwägung, in der das unmittelbare Ziel, Schutz der Soldaten und der Zivilbürger vor weiteren Anschlägen durch Informationserlangung, der Achtung der Menschenrechte der Gefangenen übergeordnet wurde. Für die Rationalität der Entscheidung war die juristische Auskunft, es sei „legal“, diese „Verhörtechniken“ bei den Gefangenen anzuwenden, eine wesentliche Bedingung. Offenbar spielte die weitere entscheidende Frage, ob die Anwendung der Techniken im Hinblick auf ihr Ziel auch „sinnvoll“ sei, nur eine untergeordnete Rolle. Zudem erweisen sich die angewendeten Vernehmungsmethoden sowohl im Hinblick auf die Motivierung weiterer Terroranschläge als auch im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit des Anspruchs der USA, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu verbreiten, als entscheidende Rückschläge und im Nachhinein als politisch eklatant schädlich, strategisch verfehlt und in diesem Sinne irrational.

b) Kontrolldefizite

Anders als in totalitären Systemen stehen in demokratischen Rechtsstaaten wie den USA durch Parlament, Justiz, Presse und öffentliche Meinung dem kriminellen Verhalten von Staatsführungen vergleichsweise starke Kontrollen entgegen, die auch – jenseits von starken Geheimhaltungsmöglichkeiten – regelmäßig normabweichendes Verhalten der Staatsführung in Ausmaß und Umfang minimieren. In den Jahren nach den Anschlägen von 2001 waren aber Kontrollinstanzen weitgehend ausgeschaltet. Der amerikanische Kongress hat sich, bis auf wenige Stimmen, hinter die Kriegspolitik des Präsidenten gestellt, was eine typische Reaktion in Kriegszeiten ist und auch die Mehrheitsmeinung in der amerikanischen Bevölkerung reflektierte.

Mit den Mitteln der Kontrollbalance-Theorie *Tittles* lässt sich das Verhalten der US-Regierung unproblematisch als ein Beispiel für Straftatbegehung aus Kontrollüberschuss interpretieren: Es war gerade das Ziel der involvierten juristischen Berater, den Präsidenten in Kriegszeiten als „commander in chief“ ohne rechtsstaatliche Restriktionen zu installieren. Damit gelang es, die Kontrollbalance auszuhebeln, die sich im politischen System der USA aus den institutionalisierten „checks and balances“ ergibt.

c) Realitätskonstruktionen, Medieneinfluss und Neutralisierungen

Insbesondere hinsichtlich der angeblichen Mitverantwortung *Saddam Husseins* für die Terroranschläge vom 11. September 2001, seiner Aufrüstung mit Massenvernichtungswaffen und seines Vorhabens, die USA damit zu bedrohen, ist es der US-Regierung gelungen, in den USA für einen längeren Zeitraum ein Realitätskonstrukt zu schaffen und aufrechtzuerhalten, welches ermöglichte, mit Rückendeckung der öffentlichen Meinung in den USA und des größten Teils der Oppositionspartei den Krieg gegen den Irak zu beginnen. Bis heute gilt der Krieg im Irak in den USA als Teil des „war on terror“, wobei die dort ebenso wie die in Afghanistan gefangen genommenen Personen als Terroristen behandelt werden.

Ein weiteres Konstrukt bezieht sich auf die Folter als angemessenes Mittel zur Informationsbeschaffung im Krieg gegen Terroristen. Dass Folter sinnvoll eingesetzt werden kann, um Informationsdefizite bei der Verfolgung von Terroristen aber auch bei der Verhinderung künftiger Anschläge auszugleichen, ist bis heute eine verbreitete Auffassung der Entscheidungsträger in der Staatsführung und auf der

Ebene der militärischen und geheimdienstlichen Terrorismusbekämpfung.¹³⁷ Kritischer sind in dieser Hinsicht die Verhörexperten des FBI, geschult in der Aufklärung von Straftaten. Von dieser Seite wurden frühzeitig Bedenken geäußert, die sowohl die Zweckmäßigkeit zur Erlangung von Informationen als auch die rechtliche Problematik im Hinblick auf Verwendung in späteren Strafverfahren betrafen. Unter Verhörexperten ist allgemeine Auffassung, die effektivste Methode zur Beschaffung zutreffender Informationen sei selbst bei den widerständigsten Individuen der geduldige und systematische Aufbau einer Beziehung („rapport“) unter Berücksichtigung des kulturellen Hintergrunds des Verhörten. Verhörmethoden, die auf psychologischem oder körperlichem Zwang beruhen, werden hingegen als für die Informationsbeschaffung langfristig ineffektiv und sogar kontraproduktiv bezeichnet.¹³⁸ Speziell die SERE-Techniken seien denkbar ungeeignet zur Informationsbeschaffung.¹³⁹

In der Öffentlichkeit, zum Teil auch in der rechtspolitischen und rechtsphilosophischen Diskussion¹⁴⁰, wird nach wie vor der Eindruck erzeugt, als ginge es in der Auseinandersetzung um die Frage, ob in bestimmten Situationen Folter erlaubt sei, allein um die Abwägung zwischen Moral und Sicherheit. Sofern eine Sicherheitsbedrohung durch Terrorismus glaubhaft gemacht wird, überwiegen in diesem Abwägungsprozess die Sicherheitserwägungen.¹⁴¹ Rechtliche oder moralische Bedenken werden in einem als „asymmetrisch“ beschriebenen Krieg, in dem die Gegenseite zu terroristischen Anschlägen greift, als unrealistisch zur Seite geschoben. Zugleich wird ein Diskurs über die Effektivität der Folter erfolgreich vermieden. In der gesamten Auseinandersetzung wird von Befürwortern kein tatsächlicher Fall genannt, in dem die konkrete Beseitigung eines akuten Sicherheitsproblems durch eine per Folter erlangte Information in der Realität

¹³⁷ US-Justizminister *Ashcroft* verteidigt noch im Juli 2008 bei einer Anhörung im Justizausschuss das „waterboarding“ mit dem Hinweis, man habe damit laut Auskunft des CIA wertvolle Informationen erlangt und möglicherweise Anschläge verhindert (Meldung CNN v. 17. Juli 2008: *Ashcroft defends waterboarding before House panel*, CNN.com).

¹³⁸ National Defense Intelligence College, Intelligence Science Board, *Educating Information, Interrogation Science and Art*, December 2006; vgl. dazu auch *Kleinman* 2008, S. 2.

¹³⁹ *Kleinman* 2008, S. 3 f.

¹⁴⁰ Etwa *McCready*, *When is torture right?*, in: *Studies in Christian Ethics* 2007, S. 383 ff.

¹⁴¹ *McCready*, *Studies in Christian Ethics* 2007, S. 392 unter Bezugnahme auf *Bethke Elshaint*.

belegbar wäre.¹⁴² Im Gegensatz dazu gibt es mehrfache Beispiele für ein Fehlgehen der Folter mit gravierenden Folgen, die die Risiken ihres Einsatzes, neben der verursachten Tötung von Folteropfern, verdeutlichen.

Der libysche Al Qaida Kommandant *Al-Libi* wurde in Ägypten gefoltert und zu der Angabe gezwungen, *Saddam Hussein* horte biologische und chemische Massenvernichtungswaffen und verfüge über bislang unbekannte Verbindungen zu Al Qaida.¹⁴³ Diese „Information“ wurde von der US-Regierung benutzt, um die Invasion in den Irak gegenüber der einheimischen und internationalen Öffentlichkeit zu begründen.¹⁴⁴ Insbesondere der damalige Außenminister der USA *Powell* bezog sich auf das Vernehmungsergebnis, in dem er die von *Al-Libi* angegebenen Verbindungen als einen Grund für die Notwendigkeit einer Invasion anführte.¹⁴⁵

Die Folterung *Al-Qahtanis* in Guantanamo, für die die Erlaubnis von höchster Stelle eingeholt wurde, begann erst lange Zeit nach seiner Festnahme in Afghanistan.

¹⁴² Thomas, The truth about torture, Newsweek v. 21. November 2005: „In recent interviews with Newsweek reporters, U.S. intelligence officers say they have little -- if any -- evidence that useful intelligence has been obtained using techniques generally understood to be torture.“ Vgl. *Rockefeller* (Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des US-Senats), Floor Statement vom 13. Februar 2008, S.1: „Although the CIA has described the information obtained from its program, I have heard nothing - nothing - that leads me to believe that information obtained from interrogation using coercive interrogation techniques has prevented an imminent terrorist attack.“

¹⁴³ Rich, The Real Life „24“ of Summer 2008, in: New York Times v. 13. Juli 2008.

¹⁴⁴ US-Präsident *Bush* am 7. Oktober 2002 in einer Rede in Cincinnati: „We know that Iraq and al Qaeda have had high-level contacts that go back a decade. Some al Qaeda leaders who fled Afghanistan went to Iraq. These include one very senior al Qaeda leader who received medical treatment in Baghdad this year, and who has been associated with planning for chemical and biological attacks. We've learned that Iraq has trained al Qaeda members in bomb-making and poisons and deadly gases. And we know that after September the 11th, Saddam Hussein's regime gleefully celebrated the terrorist attacks on America.“ (zitiert nach www.whitehouse.gov).

¹⁴⁵ Rede vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Februar 2002 (Fernsehdokument der Gesamtrede auf www.zdf.de/ZDFmediathek, Redeabschnitt ab 1:10 h). Freilich waren die Angaben des *Al-Libi* laut einer schon ein Jahr zuvor gegebenen Einschätzung des militärischen Geheimdienstes der USA (DIA) unglaublich (Einzelheiten im Report des US-Senats „Committee on Intelligence Report into Postwar Findings about Iraq's WMD Programs and Links to Terrorism and How they Compare with Prewar Assessments“ <http://intelligence.senate.gov>, S. 106-108); *Powell* selbst bezeichnete die Rede später wegen der darin enthaltenen unwahren Behauptungen als „Schandfleck“ seiner Karriere, FAZ v. 9. September 2005, www.faznet.de). *Al-Libi* gab später über diese Vernehmung an: „Sie waren dabei mich zu töten. Irgendetwas musste ich ihnen erzählen.“ (Rich 2008, New York Times v. 13. Juli 2008).

Informationen über geplante Anschläge, über die *Al-Qahtani* hätte verfügen können, wären bereits völlig veraltet gewesen. In den Minutenprotokollen der Vernehmungen zwischen November 2002 und Februar 2003 ergibt sich keine einzige Bemühung, aktuelle Sicherheitsbedrohungen zu ermitteln. Über die meiste Zeit wird versucht, den Gefangenen psychisch zu brechen und damit zur Aufgabe seines inneren Widerstands zu bewegen

Ein Beispiel dafür, wie verbreitet das Realitätskonstrukt, Folter sei effektiv (und darum auch legitim), in der Öffentlichkeit der USA verankert ist, ist der Fall des amerikanischen Offiziers *West*, der im April 2003 nördlich von Bagdad einen irakischen Polizisten namens *Hamoodi* verdächtigte, mit Terroristen zusammenzuarbeiten. *West* führte im Verlauf der Vernehmung eine Scheinexekution durch, indem er *Hamoodi* die Augen verband, und eine Schusswaffe in unmittelbarer Nähe seines Kopfes abfeuerte. *Hamoodi* gestand unter dieser Todesdrohung Attentatspläne und nannte Namen. Gegen *West* wurde ein Kriegsgerichtsverfahren eingeleitet, was in der US-amerikanischen Öffentlichkeit zu einer Welle von Protesten führte, da *West* als Beschützer seiner Soldaten richtig gehandelt habe. Dazu wurde vielfach fälschlich verbreitet, seine Verhörmethode habe effektiv einen konkreten Anschlag verhindert.¹⁴⁶ Tatsächlich hatte *Hamoodi* unter dem Druck der Scheinerschießung ein falsches Geständnis abgelegt und Namen erfunden. Durch seine „Informationen“ wurde kein Anschlag verhindert.¹⁴⁷

Einen wesentlichen Einfluss auf die Akzeptanz des Einsatzes von Folter in Vernehmungssituationen wird der Fernsehserie „24“ zugeschrieben. Diese Fernsehserie ist in den USA (später auch in Deutschland) seit Jahren sehr populär. In nahezu jeder Folge wird ein Zeitbomben-Szenarium durchgespielt, in dem der Serienheld einen vermeintlich oder tatsächlich gefährlichen Verdächtigen unter Folter zur Preisgabe lebenswichtiger Informationen zwingt – in den ersten fünf Staffeln werden 67 solcher Folterszenen gezeigt.¹⁴⁸ Die Popularität der Serie, insbesondere auch unter Soldaten, die unmittelbar für die Behandlung von Gefangenen zuständig sind, veranlasste sogar die US-Militärführung, den

¹⁴⁶ So auch noch *McCready*, *Studies in Christian Ethics* 2007, S. 392.

¹⁴⁷ *Sontag*, *The Struggle for Iraq: Interrogations; How Colonel risked his Career by menacing Detainee and lost*, in: *New York Times* v. 27. Mai 2004.

¹⁴⁸ *Miller*, „24“ and „Lost“ get symposium on torture, in: *The Seattle Times* v. 14. Februar 2007.

Produzenten der Serie zu bitten, die fortgesetzte Legitimierung der Folter zu unterlassen, da dies Soldaten dazu verführe, gegen ihre Gefangenen auf ähnliche Weise vorzugehen wie der Serienheld.¹⁴⁹

Typisch für Wirklichkeitskonstrukte und zugleich für den Einsatz von Neutralisierungstechniken sind sprachliche Euphemismen und Verschleierungen. So wird in der Wortwahl der Stellungnahmen von Angehörigen der US-Staatsführung immer betont, es handele sich um die Anwendung von Verhörtechniken (interrogation techniques) und keineswegs um Folter (torture). Eine Umdefinition von Folter durch die Staatsführung ist nicht nur Verschleierung, sondern kann unmittelbarer Teil der Tathandlung sein, denn dadurch wird allen Beteiligten in der Hierarchiekette zugleich bedeutet, sie handelten nicht nur legitim (in moralischer Hinsicht), sondern auch legal und sie seien immun gegenüber späterer rechtlicher Verantwortlichkeit.

Schlafentzug wird durchweg als „sleep management“ bezeichnet, Degradierungen eines Opfers, das angeleint und gezwungen wird, wie ein Hund zu bellen¹⁵⁰, werden in der Liste der Verhörtechniken „pride and ego down“ genannt. Die Wachsoldaten in Abu Ghraib beschrieben ihre Behandlung der Gefangenen als „Auflockerung“ („soften“ bzw. „loosen them up“), zu der sie von Verhörexperten des militärischen Geheimdienstes und des CIA aufgefordert worden seien. Nachdem die Bilder von den Misshandlungen und Fotografien des unter Folter durch den CIA getöteten *Al-Jamadi* verbreitet wurden und der inhaltliche Zusammenhang mit entsprechenden Anordnungen von Verhörtechniken durch die US-Staatsführung bekannt wurde, fragt man sich zu Recht, auf welcher Basis die US-Staatsführung konstant bei ihrer Auffassung bleiben kann, es handele sich nicht um Folter.

¹⁴⁹ Mayer, Whatever it takes, The New Yorker v. 19. Februar 2007.

¹⁵⁰ Protokoll der Vernehmung von Al-Qahtani, , www.time.com/time/2006/log/log.pdf, abgerufen 23. Oktober 2008 (Protokollauschnitt v. 20. Dezember 2002, S. 47): „Interrogator began by reminding the detainee about the lessons in respect and how the detainee had disrespected the interrogators. Told detainee that a dog is held in higher esteem because dogs know right from wrong and know to protect innocent people from bad people. Began teaching the detainee lessons such as stay, come, and bark to elevate his social status up to that of a dog“ (...) „Dog tricks continued and detainee stated he should be treated like a man. Detainee was told he would have to learn who to defend and who to attack. Interrogator showed photos of 9-11 victims and told detainee he should bark happy for these people“.

d) Verantwortungsentlastung und Immunisierung gegen (straf-)rechtliche Verfolgung

Bis zum Bekanntwerden der unmittelbaren Beteiligung höchster Regierungsstellen an der Entscheidung über die Behandlung der Gefangenen wurden für das in den Fotografien dokumentierte Misshandlungsgeschehen in Abu Ghraib maßgeblich die daran beteiligten Soldaten und ihre unmittelbaren Vorgesetzten verantwortlich gemacht¹⁵¹ – die so genannte „rotten apple theory“. Es handele sich bei den Misshandlungen vor allem um Taten von außer Kontrolle geratenen einzelnen Soldaten („rogue individuals“), die unter Stress und Langeweile „über die Stränge“ geschlagen hätten, indem sie sich an den wehrlosen Gefangenen unkontrolliert vergnügten. Dabei seien die Ausführenden allenfalls vereinzelt von ebenso irregeleiteten oder jedenfalls unrechtmäßig handelnden unmittelbaren Vorgesetzten zu diesem Verhalten angehalten worden. Plausibilität erlangt diese Erklärung vor allem durch die Erkenntnisse aus dem „Stanford Prison Experiment“ *Zimbardos*, nach denen die Rolle als Bewacher insbesondere unter Stress gewaltsame Übergriffe gegen Gefangene wahrscheinlich macht. Im genannten Experiment erwiesen sich die Misshandlungen zudem als Auswirkung fehlender Kontrolle; sie waren dann besonders gravierend, wenn die Täter sich unbeobachtet fühlten (etwa außer Reichweite einer Überwachungskamera).¹⁵² Die Parallelen sind so nahe liegend, dass *Zimbardo* von der Verteidigung im Verfahren gegen den Soldaten *Frederick* als Sachverständiger benannt wurde. In seinem Gutachten gelangte er zu der Schlussfolgerung, es seien vor allem situative Einflüsse Grund dafür, dass ansonsten konform und rechtmäßig handelnde Soldaten sich zu den Gefangenenmisshandlungen in Abu Ghraib hinreißen ließen.¹⁵³ Als maßgeblich verantwortlich wurden insgesamt zwölf Soldaten strafrechtlich bzw. disziplinarisch verfolgt und verurteilt. Daneben wurde ihre unmittelbare Vorgesetzte,

¹⁵¹ Vgl. Executive Summary. Investigation of Intelligence Activities At Abu Ghraib (Fay-Jones-Report) vom August 2004, S. 3: „The primary causes are misconduct (ranging from inhumane to sadistic) by a small group of morally corrupt soldiers and civilians, a lack of discipline on the part of the leaders and Soldiers of the 205th MI BDE and a failure or lack of leadership by multiple echelons within CJTF-7.“ und S. 4: „Neither Department of Defense nor Army doctrine caused any abuses.“ Vgl. dazu: *Monahan/Quinn*, Theoretical Criminology 2006, S. 362 ff.

¹⁵² *Zimbardo* 2007, S. 216.

¹⁵³ *Zimbardo* 2007, S. 372.

die Offizierin *Karpinski*, disziplinarisch belangt. Weitere militärisch Höherrangige wurden nicht zur Verantwortung gezogen.

Die „rotten apple theory“ ist seither teilweise entlarvt als ein Mittel zur Umlenkung der Verantwortung auf die unterste Ebene der Hierarchie und zugleich als Mittel zur Selbstimmunisierung der Staatsführung.

Zimbardos Erklärungsansatz trägt einen wichtigen Teil zur Erklärung des Geschehens bei, wobei auch er von vornherein eine mittelbare Verantwortung der Staatsführung für die Verhältnisse in den Gefängnissen betont hat.¹⁵⁴ Noch deutlicher entfernen sich *Monahan/Quinn* von der „rotten apple theory“: Die Erklärung auf Individualebene genüge nicht, zu den abweichenden Praktiken seien die Soldaten vielmehr „sozusagen ermächtigt“ worden durch strukturelle Arrangements.¹⁵⁵

Mechanismen, die geeignet sind, die Verantwortung zu diffundieren, können im hier untersuchten Fall auch noch auf anderen Ebenen festgestellt werden.

So sind geheimdienstliche und private paramilitärische Spezialagenturen außerhalb der eingeführten Behörden- und Militärhierarchie in Abu Ghraib bei der Überwachung und dem Verhör von Gefangenen eingesetzt worden. Dadurch herrschte keine klare Befehlskette, sondern eine mehrfach durchbrochene, wodurch die Flexibilität auf den untersten Hierarchieebenen erhöht wurde.¹⁵⁶ Diese undurchsichtige Befehlsstruktur¹⁵⁷ hat junge Soldaten bewusst im Unklaren darüber gelassen, welche Behandlung der Gefangenen offiziell erlaubt war und wo die Grenzen ihrer Befugnisse lagen. Auch auf vielfache frühzeitige Warnhinweise darauf, dass in Abu Ghraib offenbar Misshandlung von Gefangenen betrieben werde¹⁵⁸, reagierte man seitens der Verantwortlichen nicht.

¹⁵⁴ Vgl. die Website *Zimbardos*: www.lucifereffect.com, deren Leser aufgefordert werden, die Verantwortung von *Bush*, *Cheney*, *Rumsfeld* und *Tenet* für die Folterungen einzuschätzen; abgerufen am 18. Oktober 2008.

¹⁵⁵ *Monahan/Quinn*, *Theoretical Criminology* 2006, S. 369 f.: „deviant practices ... were empowered, so to speak, by structural arrangements at the prison“.

¹⁵⁶ *Monahan/Quinn*, *Theoretical Criminology* 2006, S. 370 ff.

¹⁵⁷ Nachweise bei *Monahan/Quinn*, *Theoretical Criminology* 2006, S. 370 f.

¹⁵⁸ Im Einzelnen gab es vorab Warnungen und Hinweise des Internationalen Roten Kreuzes, vom FBI, vom militärischen Geheimdienst DIA und aus dem Außenministerium, vgl. *Monahan/Quinn*, *Theoretical Criminology* 2006, S. 377 mit umfangreichen Nachweisen.

Eine Schlüsselrolle nehmen die beiden von Präsident *Bush* und Verteidigungsminister *Rumsfeld* jeweils persönlich unterzeichneten Schriftstücke ein, in denen die Genfer Konvention für unanwendbar bezeichnet wird und bestimmte Foltertechniken nicht nur offiziell erlaubt, sondern zugleich deren Limitierungen als flexibel gekennzeichnet werden. Diese Schriftstücke wurden von den untergeordneten Stellen als Freibriefe angesehen, Gefangene mit diesen Methoden zu behandeln. Entgegengesetzt zu dem dadurch erweckten Eindruck eines „Freibriefs“ berief sich die Staatsführung später darauf, die Verhörtechniken seien nur für ganz bestimmte eng begrenzte Fälle erlaubt gewesen und seien keineswegs allgemeine Grundlage für die Behandlung und die konkrete Misshandlung der Gefangenen in Abu Ghraib.

Eine weitere nachträglich als Strategie erkennbare Diffusion der Verantwortlichkeit, die gerade in demokratisch-rechtsstaatlichen Systemen greifen kann, ist bei der Aufklärung durch verschiedene Untersuchungsgremien und Reports erkennbar.¹⁵⁹ Damit wird der Öffentlichkeit signalisiert, es bestehe seitens der Regierenden ein wirkliches Aufklärungsinteresse. Untersuchungsgremien bieten aber auch die Chance weiterer Diffundierung und Verschleierung der Verantwortlichkeiten. Den Untersuchenden wurde jeweils nur ein begrenzter Untersuchungsauftrag erteilt und sie wurden entsprechend nur mit begrenztem Zugang zu Informationsquellen ausgestattet. Dadurch ergeben sich bei den Untersuchungen unterschiedliche, teils widersprüchliche Ergebnisse, so dass Belastendes durch Entlastendes konterkariert werden kann. Presse und Öffentlichkeit werden „überinformiert“ und damit möglicherweise genauso effektiv an einer Aufklärung der Absichten und Verantwortlichkeiten gehindert wie bei Geheimhaltung. Die Strategie ist bekannt als „fuzzing it up“.¹⁶⁰ Höherrangig Verantwortliche können sich zudem durch den

¹⁵⁹ Die Geschehensabläufe in Abu Ghraib sind Gegenstand von mindestens sieben Untersuchungsberichten der US Army neben den Berichten des US-Verteidigungsministeriums, des FBI, des internationalen Roten Kreuzes, sowie des Southern Command. Hinzu treten Untersuchungsausschüsse des Kongresses, insbesondere des Senate Armed Services Committee; vgl. die Übersicht „General Investigations Index“ der Human Rights Library, Univ. of Minnesota, www.1.umn.edu.

¹⁶⁰ *Morris*, The most curious thing, New York Times Blog v. 19. Mai 2008, <http://morris.blogs.nytimes.com>: „Fuzzing it up is a common practice in government. You hide intention

Hinweis auf „laufende“ Untersuchungen konkreter Stellungnahmen enthalten. Bei kurzen Aufmerksamkeitszyklen moderner Massenmedien können Verantwortliche darauf hoffen, dass sich Untersuchungen so lange hinziehen, bis die Öffentlichkeit an deren verspäteten Ergebnissen nicht mehr interessiert ist. Dies ist bei den stattfindenden Untersuchungen, die sich mittlerweile auch auf die US-Staatsführung beziehen, der Fall: Während im September 2008 noch wöchentlich neue Erkenntnisse über die Verantwortlichkeit von Regierungsangehörigen für die Geschehensabläufe in den Jahren 2002 bis 2004 veröffentlicht werden, geraten diese nicht mehr in die Schlagzeilen, da mittlerweile Finanzkrise und US-Wahlkampf die Nachrichtenlage bestimmen. Im Übrigen werden nach wie vor wichtige Dokumente, die insbesondere die Anweisungslage zwischen US-Staatsführung und CIA betreffen, teilzensiert oder vollständig geheim gehalten.

e) Dehumanisierung/Entrechtlichung der Opfer

Die von *Jamieson/McEvoy* beschriebenen Mechanismen sind in den hier untersuchten Geschehnissen vorzufinden: Der „Tatort“ Guantanamo wurde unter anderem deshalb ausgewählt, um durch die Exterritorialität sicher zu stellen, dass ein wirksamer Schutz der Rechte der dort Inhaftierten durch amerikanische Gerichte nicht erfolgen konnte. Die von *Wolfgang Heinz* an anderer Stelle in dieser Festschrift¹⁶¹ analysierten rendition-Flüge des amerikanischen Geheimdienstes dienten ebenfalls dem „outsourcing“ der Folter, so dass diese innerstaatlich nicht verfolgt werden kann.

Eine besonders perfide Methode, jegliche juristische Zuständigkeit und zugleich öffentliche Kontrolle auszuschalten, ist das (auch nur vorübergehende) Verschwindenlassen von Personen, in Afghanistan und Irak praktiziert durch das System der „ghost prisoners“. So war der unter Folter getötete *Al-Jamadi*, dessen Leiche auf mehreren der in Abu Ghraib aufgenommenen Fotos abgebildet ist, zunächst nicht als Gefangener registriert worden, um einer eventuellen Kontrolle

and responsibility. You have one person say one thing, and another person the exact opposite. You create a blizzard of paper, so much paper that actual evidence is lost in the glut.“

¹⁶¹ Vgl. den Beitrag von *Wolfgang Heinz*.

durch das Internationale Rote Kreuz zu entgehen und offenbar, um ihn unkontrolliert foltern zu können.¹⁶²

f) Persönlichkeitsstruktur und defizitäre Selbstkontrolle

Im hier untersuchten Geschehensablauf sind insbesondere die Persönlichkeiten *Bush*, *Rumsfeld* und *Cheney* von Interesse. Erwägungen zu den Persönlichkeitsstrukturen dieser Personen könnten an dieser Stelle allerdings nur in spekulativer Weise eingeführt werden, weshalb ich mich darauf beschränke zu konstatieren, dass diese Führungspersonen eher nicht dem „Prototyp Eichmann“ als kühle und austauschbare Bürokraten entsprechen. Der zynische Kommentar *Rumsfelds* auf dem Blatt, auf dem er brutale Verhörtechniken genehmigt, lässt erahnen, in welcher Weise sich menschenverachtende Persönlichkeitszüge materialisieren.

h) Foltersystem

Es gibt Hinweise darauf, dass aufeinanderfolgende Staatsführungen der USA unter Nutzung des Geheimdienstes CIA schon seit dem 2. Weltkrieg neben anderen völkerrechtswidrigen Verhaltensweisen auch menschenrechtswidrige Folter genehmigten.¹⁶³ Daher ist die Vorgehensweise in Guantanamo und Abu Ghraib nur insofern „innovativ“, als über den Geheimdienst hinaus auch reguläres Militär zu der Folterung von Gefangenen angehalten wurde und die Zielgruppe im Umfang erheblich größer war als in vergangenen historischen Zusammenhängen.

Die auf den Fotografien von Abu Ghraib gezeigten Misshandlungen von Gefangenen basieren in ihrer Mehrzahl auf konkret von *Rumsfeld* gebilligten Verhörmethoden. Dazu gehören insbesondere die forcierte Nacktheit der Gefangenen, das Fesseln in Stresspositionen, sichtverhindernde Kapuzen („hooding“), der Einsatz von Hunden, das Ausnutzen von religiösen oder kulturellen Tabus, und die Degradierung („pride and ego down“) durch erzwungene sexuelle Handlungen.

¹⁶² Mayer 2008, S. 249 ff. Der unmittelbar verantwortliche CIA-Mitarbeiter ist namentlich bekannt und lebt in den USA, wurde aber nie strafrechtlich belangt.

¹⁶³ McCoy, Foltern und Foltern lassen: 50 Jahre Folterforschung und -praxis von CIA und US-Militär, 2. Aufl. 2005; Weiner, *Legacy of Ashes: The History of the CIA*, 2007.

Die bei der Ausbildung von Personal in Guantanamo vermittelten Foltertechniken stammten wortwörtlich aus einem 1957 erschienenen Artikel über Techniken, die chinesische Militärs im Koreakrieg im Verhör von US-Luftwaffenangehörigen verwendet hatten, um (falsche) Geständnisse zu erpressen.¹⁶⁴ Dabei wurde auch eine tabellarische Übersicht aus diesem Artikel verwendet, die als „*Biderman's Chart*“ bekannt ist. Die Überschrift „Kommunistische Zwangsmethoden zur Erzielung individueller Fügsamkeit“ war zuvor entfernt worden.¹⁶⁵

Die Inhalte der von *Biderman* in seinem Artikel beschriebenen Methoden wurden in einem SERE genannten Programm¹⁶⁶ auch US-Soldaten vermittelt, um sie auf Situationen vorzubereiten, in denen sie als Kriegsgefangene selbst solchen Techniken ausgesetzt sein könnten. Es finden sich hier Techniken wie das Aufsetzen von sichthindernden Kapuzen, Schlafentzug, Aushungern, Kleidungsentzug, Aussetzen von hohen oder niedrigen Temperaturen über längere Zeiträume, in denen zugleich harte Vernehmungen durchgeführt werden, den Einsatz von Hunden und insbesondere die sexuell-religiöse Degradierung, etwa durch den Zwang, nackt (homo-)sexuelle Praktiken zu simulieren, Unterwäsche auf dem Kopf zu tragen, stundenlang lauter Musik ausgesetzt zu werden, sowie viele dieser Maßnahmen in Kombination ertragen zu müssen. Selbst die Zerstörung der Bibel vor den Augen frommer Christen, ein Mittel, das entsprechend mit dem Koran vor den Augen muslimischer Gefangener umgesetzt wurde, findet sich im SERE-Programm.

Überlegungen, das SERE-Trainingsprogramm dafür zu nutzen, Vernehmungstechniken für Gefangene aus dem Krieg gegen den Terrorismus zu entwickeln, sind auf höchster Regierungsebene bereits Anfang 2002 entwickelt worden. Die späteren Aufträge an die SERE-Programmverantwortlichen, Vernehmer in Guantanamo entsprechend auszubilden, zeigen, dass hier gezielt ein Foltersystem aufgebaut wurde. Die Formen der Misshandlungen, denen die

¹⁶⁴ *Biderman*, Communist Attempts to elicit False Confessions from Air Force Prisoners of War, in: Bulletin of the New York Academy of Medicine 1957, S. 616 ff.

¹⁶⁵ *Shane*, China Inspired Interrogations at Guantanamo, New York Times v. 2. Juli 2008. Die Verhörtechniken waren durch Befragung der Opfer nach deren Rückkehr in die USA ermittelt worden. Die Übersicht wird als „Biderman's Chart of Coercion“ auf diversen Internet-Seiten verbreitet, so dass die ursprüngliche Herkunft möglicherweise weder Ausbildern noch Ausgebildeten bekannt war.

¹⁶⁶ *Mayer*, The Experiment, The New Yorker v. 11. Juli 2005.

Gefangenen auf den Fotografien in Abu Ghraib ausgesetzt wurden, zeigen eine deutliche Übereinstimmung mit den genehmigten Verhörmethoden.

Zwar handelt es sich bei den fotografisch dokumentierten Misshandlungen in Abu Ghraib, anders als bei den geplanten und minutiös protokollierten Vernehmungen in Guantanamo, offenbar nicht um professionelle Anwendung von Expertise – vielmehr liegen hier Handlungen gegen Gefangene abseits von unmittelbaren Vernehmungssituationen vor. Sie orientieren sich aber in ihrer Form so stark an den SERE-Verhörmethoden, dass ein Zufall ausgeschlossen scheint:

Im Ergebnis greifen hier verschiedene Sachverhalte ineinander – die gezielte Anwendung der Folter durch CIA-Verhörexperten und in Guantanamo – und die weniger gezielten dokumentierten Gefangenenmisshandlungen durch Wachsoldaten in Abu Ghraib. Hinsichtlich letzterer ist noch umstritten, ob auch hier eine systematische Indienstrafe oder gar eine ausdrückliche Anweisung vorlag, die Gefangenen zum Zwecke der Verhöre vorab zu misshandeln.¹⁶⁷ Jedenfalls sind die Folterungen nicht ad hoc vorgenommen worden, um in einer bestimmten Ausnahmesituation einer akuten Sicherheitsbedrohung durch Informationsbeschaffung zu entgehen („ticking bomb“), sondern beruhten in beiden Fällen auf der langfristig geplanten und gezielten Entwicklung von Folter einschließenden Verhörtechniken, die im Fall Abu Ghraib (möglicherweise) lediglich außer Kontrolle geraten sind.

Fazit

Im Ergebnis lässt sich das Verhalten von Staatsführungen, exemplarisch das hier untersuchte Verhalten der US-Staatsführung in Bezug auf Gefangene im „war on terror“, aus kriminologischer Perspektive und mit sowohl allgemeinen als auch speziell zur Staatskriminalität entwickelten Kategorien und Erklärungsansätzen sinnvoll analysieren. Von den allgemeinen Erklärungsansätzen eignen sich Rational Choice und Kontrolltheorien zur Analyse, insbesondere in der Ausgestaltung der Kontrollbalance-Theorie *Tittles*. Auch die Theorie der Neutralisierungstechniken kann fruchtbar gemacht werden.

¹⁶⁷ So etwa *Kelman* 2005, S. 124.

Noch wertvoller zur Analyse erscheinen jedoch die detailliertere Phänomenologie und Ätiologie speziell zur Staatskriminalität.

Eine die US-Staatsführung eher milde treffende Interpretation wäre diejenige, die unter Anwendung des Ansatzes von *Chambliss* hier politisch Verantwortliche am Werk sieht, die in der Ausnahmesituation der Terroranschläge unter einem unausweichlichem politischen Erfolgsdruck standen, der letztlich dazu führte, zur Zielerreichung auch Gesetze zu verletzen.

Allerdings lassen sich im untersuchten Geschehensablauf weitere kriminologisch bedeutsame Merkmale finden, die den Eindruck makrokrimineller Verhaltensweisen verstärken. Nahezu alle strukturellen Bedingungen, die *Kelman* für systematische Folter beschrieben hat, lassen sich im vorliegenden Fall wiederfinden: Die Autorisierung und Professionalisierung der Folterer bei Dehumanisierung und Entrechtlichung der Opfer. Es gibt auch deutliche Hinweise darauf, dass bei der Anordnung der Folter bewusst Verantwortung diffundiert und delegiert wurde, um das ausführende Personal einerseits handlungsmotiviert einzusetzen, andererseits strafrechtliche Immunität für die Führungsschicht reklamieren und das untergeordnete Personal des Exzesses beschuldigen zu können.

Um genauer zu ermitteln, wie es gelingen konnte, dass ein kleiner Kreis von Juristen und Beratern einschließlich des US-Vizepräsidenten, sämtliche Kontrollmechanismen umgehend solche weit reichenden Entscheidungen treffen konnten, die nicht nur von kriminologischer Relevanz waren sondern auch für das Ansehen der USA insgesamt überaus schädlich waren, wäre noch eine Analyse der interpersonellen Beziehungen auf der Ebene des Weißen Hauses nötig, die hier nicht geleistet werden konnte. Aber die bekannt gewordenen Umstände sind ernüchternd.

Die Untersuchung hat aber auch Details erbracht, deren Verallgemeinerungsfähigkeit sich erst noch erweisen muss oder deren Vorliegen im konkreten Fall noch nicht abschließend geklärt ist. So bleibt offen, ob tatsächlich ein absichtsvolles „decoupling“ von Befehlsstruktur und Handlung zu den abgebildeten Gefangenemisshandlungen und Folterungen in Abu Ghraib führte. Unabhängig von der Klärung dieser Frage scheint auch ein neo-institutioneller Ansatz zur kriminologischen Analyse geeignet. Insofern ist kriminologische Theorieentwicklung darauf angewiesen, immer wieder an der Wirklichkeit gemessen zu werden, wobei zugleich die Wirklichkeit auch neue theoretische Überlegungen veranlassen kann.